



UNSER ARCHIV

Archiv 2009 und vorher

Atomkraftwerke nicht schooon wieder“ – wir essen sie einfach auf!



Letzter Stand von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Schwerte in der Fußgängerzone vor der Bundestagswahl

Beim letzten Stand (vor der Bundestagswahl), am heutigen Samstag fordern die Schwerter Grünen die SchwerterInnen auf, alle Atomkraftwerke aus Europa verschwinden zu lassen.

Unter dem Motto: „Die Atomkraftwerke müssen von der Erdoberfläche verschwinden, also essen auch Sie eines“ werben die Grünen für den Ausstieg

aus der Atomkraft.

Hierfür haben die Grünen 200 kleine AKW-Kekse gebastelt (bestehend aus Butterkeks für die Plattform, Schokokuss für den Reaktor und eine stehende Waffel für den Kühlturm). Diese können symbolisch von einer großen Europakarte (wo alle schon bestehenden und geplanten AKW's verzeichnet sind) verspeist werden und so dem Verdauungstrakt der Geschichte zugeführt werden.

Noch immer gibt es die Mähr vom „Sauberen“ Atomstrom.

Für die Grünen hat Atomenergie keine Zukunft:

Uran ist endlich

Atom Müll bleibt für 1 Mio. Jahre giftig

Unfallfolgen sind untragbar

Sichere AKW gibt es nicht

Atomstrom ist zu teuer

neue AKW retten das Klima nicht

es gibt zukunftsfähige Alternativen

Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen Atomkraft, das ist auch in Schwerte deutlich zu spüren. Viele, die das Reaktorunglück vor 23 Jahren in Tschernobyl erlebt haben, sind sensibilisiert.

Immer noch gibt es Einschränkungen bei Produktion und Verzehr von Lebensmitteln, die nach 23! Jahren von Tschernobyl belastet sind (Großbritannien – Einschränkung für 374 Bauernhöfe auf 750 km² und 200.000 Schafe, Schweden und Finnland sind Vieherden, einschließlich Rentiere betroffen, in Deutschland erreicht der Cäsiumwert mehr als das Zehnfache des EU-Grenzwertes beim Muskelfleisch von Wildschweinen, Waldpilze und -Beeren sollte man immer noch nicht essen)

OV-Sprecherin Monika Rosenthal: „Es ist wichtig, dass wir gerade bei Atomkraft auf die Straße gehen und mit den Menschen diskutieren.“

Um einen lockeren Einstieg in ein Gespräch mit Schwerter BürgerInnen zu finden, haben wir die Idee mit den

essbaren AKW's gewählt.

Denn auch die AKWs in Deutschland sind nicht sicher. Das Risiko eines Super-Gaus besteht immer noch. Deswegen halten wir die aktuelle Diskussion über verlängerte Laufzeiten für fahrlässig und gefährlich. Die breite Mehrheit der Bevölkerung ist dabei auf unserer Seite. Alternativen zur gefährlichen Atomkraft gibt es schon lange: Die Erneuerbaren Energien sind auf dem Vormarsch!"

Außerdem ist als Gast der Bundestagskandidat: Friedrich Ostendorff!

Protest gegen RWE-Atom-Pläne am 24.09. in Essen

Die Skandale um die Atomenergie - viele Pannen in den Atomreaktoren, die Endlagerkatastrophe in der Asse oder die Tricks in Gorleben - sind derzeit in allen Debatten ein Top-Thema. Die Bundestagswahl entscheidet über den künftigen Kurs in der Atompolitik. CDU/CSU und FPD wollen im Falle eines Wahlsieges den Atomausstieg rückgängig machen. Und RWE ist auch immer mittendrin. Denn RWE-Chef Großmann hält an seinen wahnwitzigen Pro-Atom-Plänen im In- und Ausland fest. Der Bau eines AKWs im bulgarischen Erdbeben-Gebiet von Belene wackelt durch den Druck der Umweltverbände, ist aber noch nicht vom Tisch.

Die NRW-GRÜNE und die Schwerter Grünen rufen deshalb zusammen mit Umweltverbänden und Anti-Atom-Initiativen für Donnerstag, den 24. September zu einer Protestaktion anlässlich der nächsten RWE-Aufsichtsratssitzung in Essen auf. Die Aktion findet von 9-11 Uhr vor dem RWE-Turm am Opernplatz in der Nähe des Essener Hauptbahnhofs statt.

Abfahrt ab Schwerte Bahnhof: Donnerstag, den 24. September, 7.50 Uhr

Dort wird öffentlich Druck gemacht, dass RWE von der Pro-Atom-Politik ablässt und seine AKW-Neubaupläne im bulgarischen Belene kippt. Denn auch innerhalb von RWE wächst die Kritik an diesem Vorhaben.

Nachdem es Anfang des Jahres heftigen Streit zwischen Großmann und dem RWE-Aufsichtsrat gab, hat der Aufsichtsrat per Geschäftsordnungsänderung nun ein Mitspracherecht bei Großinvestitionen durchgesetzt.

Insofern könnte der Aufsichtsrat, wenn

er wollte, am 24. September die Investitionspläne für Belene kippen.

Die Schwerter Grünen rufen auf: "Lasst uns am 24. September in Essen für den Atomausstieg und gegen die Atomlobby protestieren und drei Tage später bei der Bundestagswahl schwarz-gelb - die Warnfarben der Atomenergie - verhindern. "

Jetzt müssen wir dran bleiben! Wir sind in Essen auch mit dabei.

Ihr habt was verpasst:

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Schwerte fuhr am 5.9. nach Berlin!

Mal richtig abschalten!



Zu Gunsten einer Fahrt zur Demo, verzichteten die B 90 / DIE GRÜNEN am Samstag auf einen Stand für die Bundestagswahl in der Fußgängerzone und riefen die Schwerter auf sich an der Demo in Berlin zu beteiligen.

Es ging um 5.00 Uhr ab Hagen zur Demo mit dem Zug, der um 12.00 Uhr in Berlin eintraf.

Hier traf OV-Sprecherin Monika Rosenthal unter anderem auf Britta Hasselmann Sprecherin für Kommunalpolitik, Altenpolitik und Demografie der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grüne und Jürgen Trittin Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (siehe Foto)

Nach einer lauten, lustigen und informativen Demo ging die Fahrt direkt am Samstag um 19.00 Uhr wieder zurück nach Hagen, wo der Zug um 0.15 Uhr eintraf.

Ein anstrengender, aber hoffentlich lohnender Tag für die Umwelt!

Einladung an alle interessierten Schwerter, insbesondere Jugendliche und deren Eltern, Erzieher und Lehrer

Veranstaltung "Gewaltprävention"

Was können wir tun, um Gewalt bei Kindern und Jugendlichen vorzubeugen?

am Montag, den 7. September in der Schwerter Tafel um 19.00 Uhr

Dazu gibt es gesundes Fastfood.

Beim Thema Kriminalität hat man es schnell mit gefühlten Werten, Annahmen und einer diffusen Angst zu tun.

Die Schwerter GRÜNEN wollen es genauer wissen und laden Fachleute und Sachverständige zu einer Podiumsdiskussion ein. Es sollen Wege und Auswege aus kriminellen Karrieren heraus aufgezeigt werden und dargestellt werden, wie entwickeln sich eigentlich auffällige Gewaltmilieus – und wie sieht die aktuelle Situation in Schwerte überhaupt aus.

Welche geeignete Maßnahmen passieren bereits in Schwerte, was ist überhaupt geeignet um präventiv Gewalt entgegen zu wirken und was kann man noch tun um die Situation in Schwerte zu verbessern.

Das einführende Referat hält Ewald Groth, Mitglied Bündnis 90/Die Grünen im Landtag NRW und Mitglied in der Enquête-Kommission III (die den Auftrag hat geeignete präventive Maßnahmen zu finden um Jugendliche aus Gewaltmilieus herauszubekommen).

[Groth on Tour gegen Jugendgewalt](#)

Weitere Teilnehmer

Thomas Schwengers - Diplom-Pädagoge und Stadtjugendpfleger in Schwerte

Peter Blaschke – Schwerter Quarterback und Erziehungshelfer

Aus eigener Gewaltkarriere berichten

Sascha – ehemaliger Nazi - Skinhead – jetzt Mitarbeiter in Anti - Gewalt- und Anti - Aggressionstrainings (AGT und AAT)

und Frank R. – Mitarbeiter von Gewaltpräventionsprogrammen und Gründer von Prisma (des spez. Projekts von JA und JVA und mit der Kreispolizei zusammen Träger des Landessicherheitspreises).

Beide schildern eindrücklich, was man aus Gewaltbiografien lernen kann.

Pressemitteilung

Schwerte aktuell: Klima und Umweltschutz

Bürgerversammlungen sollen einen Raum für Informationen bieten – führen jedoch nicht selten zu mehr Verunsicherung. Insbesondere dann, wenn für die BürgerInnen wesentliche Informationen nicht gegeben werden. So auch in Bezug auf den Stahlwerksneubau von Hoesch in Wandhofen.

Belastung durch Schwermetalle und Lärm, Natur und Landschaftsschutz sind Themen, die Schwerter

BürgerInnen bewegen. Offene Fragen sind geblieben:

- Wie sieht es aus mit der Stauberfassung in der Schrotthalle des geplanten Stahlwerks in Wandhofen?
- Welche Belastung entsteht durch die Anlieferung von Schrott in offenen Waggons?
- Wie belastet ist die Innenstadt in Bezug auf Nickel als Staubniederschlag und im Feinstaub (PM 10)?
- Wie sieht die Belastung mit Schwermetallen aus, wenn die dazu beitragenden Firmen ihre Produktionskapazitäten voll ausfahren?
- Ist die Planung so zu verändern, dass geschützte Landschaftsabschnitte erhalten bleiben können?
- Wie kann im Bereich Lärmschutz nachgebessert werden?
- Wie sieht es mit der Verkehrslärmbelastung aus, wenn einmal die Westtangente realisiert wird?

Und..und..und...

Wir Grünen in Schwerte fordern aus Anlass dieses Vorhabens eine ausführliche Messung der bereits vorhandenen Belastung in den betroffenen Stadtgebieten. Kommen der Kreis Unna und ggf. die Bezirksregierung in Arnsberg dieser Aufgabe nicht nach, muss die Stadt „ran“.

Für die Belegschaft von Hoesch stellen sich die Fragen:

- Was ist mit unseren Arbeitsplätzen?
- Bringt der Neubau eine Standortsicherung mit sich?

Die Bürgerinnen in Wandhofen sind beunruhigt. Hier kann ihnen nur geraten werden.: Beteiligt Euch. Derzeit ist es noch am besten möglich, Einfluss auf die Stahlwerksplanung und auch die politische Entscheidung zu nehmen.

Pressemitteilung

Der Demographiebericht – beispielhafte Zusammenarbeit

Der Demographiebericht der Stadt Schwerte wurde durch ein Kompetenzteam der Stadtverwaltung erstellt und öffentlich vorgestellt.

Der ASDG (Ausschuss für Soziales, Demographie und Generationen) hat mit seinem Strategiepapier „Demographischer Wandel in Schwerte“ maßgeblich die Vorlage geschaffen.

In gemeinsamen Workshops zum Thema kamen zunächst PolitikerInnen und VerwaltungsmitarbeiterInnen ins Gespräch und erarbeiteten gemeinsam Ziele.

„Diese gelungene Vorlage für kommunalpolitisches Handeln wurde ressortübergreifend erarbeitet. Dieses Modell sollte Schule machen in Schwerte“, betont Monika Demant, Bürgermeisterkandidatin von Bündnis 90/ Die Grünen.

Es gibt weitere wichtige ressortübergreifende Themen wie den Umweltschutz, die in ähnlicher Weise angegangen werden sollten.

Um das Miteinander der Generationen zu organisieren ist es notwendig, die Handlungsempfehlungen aufzugreifen und diesen Bericht prozesshaft fortzuschreiben. Neben der Koordination durch die Demographiebeauftragte sollte die Arbeit des Kompetenzteams eine Fortsetzung finden. „Es ist nicht damit getan, dass die Beteiligten, die diese hoch qualifizierte Arbeit geleistet haben, an ihren Arbeitsplatz zurückkehren. Wir brauchen einen ständigen Dialog und eine Bündelung der Kompetenzen der MitarbeiterInnen aus den unterschiedlichen Arbeitsbereichen, um uns den Herausforderungen, die der demographische Wandel mit sich bringt, stellen zu können.“

Die Zeit der großen neuen Bauprojekte, wie früher das Freizeit-Allwetter-Bad, ist für Schwerte vorbei.

Die große Herausforderung der nächsten Jahre ist es, mit dem Rückgang der Einwohnerzahl und mit dem Älterwerden der Bevölkerung (sog. demographischer Wandel) fertig zu werden. Sozialpolitik ist das Gebot der Stunde.

Deshalb haben die Grünen mit Monika Demant eine ausgewiesene Sozialpolitikerin zur Bürgermeister-Kandidatin gemacht. Während die großen Parteien immer auf Wachstum gesetzt haben, ist es grüne Tradition, die Grenzen des Wachstums zu beachten. Daher verstehen es die Grünen wie keine anderen, mit dem Schrumpfen umzugehen.

Wir brauchen keine neuen Baugebiete.

Die großen Themen sind Bildung und Generationenverhältnis.

1. Bildung. Gerade weil es weniger Kinder gibt, wird jedes einzelne dringend gebraucht. Kein Kind darf aufgegeben werden! Jedes Kind braucht einen qualifizierten Schulabschluss! Daher müssen wir die wohnortnahen Grundschulen auf jeden Fall erhalten. In 6 – 7 Jahren wird auch die Zahl der Schüler in den weiterführenden Schulen deutlich abnehmen. Vorher muss in breiten öffentlichen Diskussionen die Zukunft unserer Sekundarstufen-Schulen entschieden werden.

2. Das Verhältnis von Jung und Alt. In Schwerte sind in den letzten Jahren gute Altenwohnungen geschaffen worden und dadurch der Anteil alter Menschen gestiegen. Andererseits bleibt die Stadt für junge Familien attraktiv. Wir dürfen nicht einseitig auf Alte setzen, die Förderung für Familien, Kinder und Jugendliche muss verbessert werden. Dabei müssen wir erreichen, dass das Zusammenwirken der Generationen fruchtbar wird. Einrichtungen, die von mehreren Generationen gemeinsam benutzt werden, können dabei interessant werden. (Mehrgenerationenwohnen, z. B. im Beginenhof; Begegnungsstätten, in denen Alte und Junge voneinander lernen können usw.) Wenn wir die Dinge einfach so laufen lassen, besteht die Gefahr, dass die junge Generation von der immer mehr in Überzahl kommenden älteren untergebuttert wird.

Gernot Folkers, Sprecher Grüne Ratsfraktion

Pressemitteilung

Am Samstag, den 8. August haben **Bündnis 90 / DIE GRÜNEN ihren 1. Stand zur Kommunalwahl.**

Selbstverständlich gibt es, wie bei anderen Parteien auch - bunte Luftballons und andere lustige Give-aways. Aber die Grünen haben auch personell und inhaltlich etwas zu bieten:

Am Grünen Stand vor Ernstigns Family ab 9.30 Uhr werden zur Nickelproblematik:

Herbert Goldmann - Grüner Landratskandidat und umweltpolitischer Sprecher der Kreistagsfraktion,

Andrea Hosang - Grüne Kreiskandidatin und stellvertr. Landrätin

Jan Horstmeier - Grüner Umweltexperte

Monika Demant - Grüne Bürgermeisterkandidatin

Rupert Filthaus, Claudia Olszak - Grüne Spitzenkandidaten am Grünen Stand Rede und Antwort stehen, zu Fragen, die im Zusammenhang mit Nickelstaub in Schwerte oder Grüner Politik gestellt werden.

Grüne begrüßen Verbraucherzentrale in Schwerte

Ab Februar 2010 soll es eine Anlaufstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher in Schwerte geben. Dies ist ein weiterer Schritt zum notwendigen flächendeckenden Ausbau in NRW.

Die Verbraucherzentrale hat besondere Bedeutung auch im Hinblick auf den demographischen Wandel. „ Wenn es z.B. um Beratung zur Pflegeversicherung geht, ist die Verbraucherzentrale ein wichtiger Ansprechpartner. Hier gibt es Unterstützung bei der Antragstellung, Informationen zum Pfllegetagebuch, aber auch Hilfe bei Widersprüchen,“ so Monika Demant, Bürgermeisterkandidatin der Grünen in Schwerte. „ Für SeniorInnen, aber auch für Familien mit Kindern und Angehörigen mit Behinderung ist eine Beratung vor Ort und zu jeder Zeit sinnvoll. Bei der Suche nach Räumen sollte daher unbedingt an einen barrierefreien

Zugang gedacht werden.“

„Wir schließen uns darüber hinaus den Forderungen der Landesgrünen an, dass Finanzierungsmöglichkeiten wie eine Stiftung zur unabhängigen Verbraucherberatung eingerichtet werden sollten, um ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben, ohne die Kommunen zu belasten.“

Einladung

Hiermit laden wir Sie / Euch / dich herzlich zur diesjährigen

**Preisverleihung des grünen alternativen Ehrenamtspreises
am Samstag, 15. August 2009, um 17.00 Uhr
in die Schwerter Tafel, Ostenstraße 17 ein.**

Die Bündnis 90 / die Grünen überreichen den 8. alternativen Ehrenamtspreis an die „Gemeinsame Gruppe“ des BUND für Schwerte-Holzwickede-Fröndenberg.

Die Laudatio hält die Grüne Bürgermeisterkandidatin Monika Demant.

Als Gast aus Bergkamen spricht Friedrich Ostendorff, Grüner Bundestagskandidat und stellvertretender Landesvorsitzender des BUND NRW ein Grußwort.

Wie immer gibt es ein musikalisches Rahmenprogramm und beim anschließenden Sektempfang Raum für Informationen und überparteilichen Gedankenaustausch.

Monika Rosenthal
OV-Sprecherin

Leserbrief Ruhrnachrichten zum Elsebad (29. 7. 2009)

Die Verdienste von Bernd Westerhoff und Michael Kramp beim Wiederaufbau des Elsebads wird niemand bestreiten, und es ist schön, dass sie im Interview zu Worte kamen. Unverständlich finde ich allerdings, wenn Westerhoff sagt, keine Partei sei auf ihrer Seite gewesen.

Wir Grünen haben noch vor der Kommunalwahl 1994 ein Bürgerbegehren zum Erhalt des Elsebads öffentlich vorgeschlagen, wir haben direkt nach der Wahl zur Gründung einer Bürgerbehrensgruppe eingeladen, einer von uns war im Vorstand dieser Gruppe (es war für uns immer klar, dass es sich nicht um ein Parteien-Begehren handeln dürfte). Wir haben dann heftig beim Einsammeln der 10 000 Unterschriften mitgeholfen. Wir haben im Rat gegen ursprünglichen Widerstand durchgesetzt, dass außer uns wenigstens noch die SPD dem Bürgerbegehren zustimmte, so dass der aufwendige Bürgerentscheid überflüssig wurde. Im Anschluss daran war die komplizierte Bewilligung des Landeszuschusses durchzusetzen. Auch da konnten wir verschiedentlich unsere Kontakte zur damaligen rot-grünen Landesregierung nutzen, um Sperren aufzulösen. Ich erinnere mich an die eine oder andere Krisensitzung des Fördervereins, zu der ich eingeladen wurde mit der Bitte, entsprechen bei der Landesregierung oder der Bezirksregierung Arnsberg vorstellig zu werden. Was dann auch jeweils geschehen ist. Wessen Kontakte zu welchem Zeitpunkt die wichtigsten waren, weiß ich nicht, ist hier auch egal. Wenn nicht so viele Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und Motivation zusammengearbeitet hätten, wäre das „Wunder Elsebad“ nicht möglich gewesen. Ich will meine Rolle nicht überbewerten, aber die Wertung, „keine Partei“ hätte das Elsebad unterstützt, ist eindeutig falsch.

Leserbrief zum Leserbrief von Horstendahl zum Kulturprogramm der Grünen

Natürlich versteht jeder, dass Heinz H. Horstendahl das Museum in jetziger Gestalt verteidigt. Interessant ist aber, dass er – vielleicht unbewusst – sofort die Alternative zum Welttheater aufmacht. (Dass er dabei einem Missverständnis aufsitzt, das durch die verkürzte Berichterstattung der RN zustande kam, ist nicht seine Schuld.) Das ist nämlich leider die tatsächliche Zwickmühle der Schwerter Kulturpolitik: wenn man die Zuschüsse zum Schwerter Kulturbetrieb nicht deutlich erhöht – und dass das gehen könnte, glaubt bei der Finanzlage der Stadt keiner –, dann geht nur entweder Welttheater oder ein dauerhaft offenes Museum. Und deswegen wollen die Museumsleute das Welttheater kappen (nur noch alle zwei Jahre), während wir Grünen eher das Museum kappen wollen, nämlich die Ausstellung zwar so lassen, wie sie ist, und dort lassen, wo sie ist, aber nur noch auf Anfrage hin zugänglich. Mit dem so einzusparenden Geld ließe sich die Basis fürs Welttheater halbwegs sichern. Natürlich wäre es schön, wenn Schwerte für verdiente Honoratioren wie Horstendahl weiterhin das Museum voll finanzieren könnte, aber in den nächsten zehn Jahren dürfte das nicht gehen.

Ach so, das Missverständnis durch die verkürzte RN-Berichterstattung: wir sind nicht gegen Events in der Kultur, die Rohrmeisterei bietet ja genug, sagen nur, Hauptaufgabe der städtischen Kulturpolitik seien nicht Events, sondern Kultur von unten. Und sagen dann, dass Welttheater zwar auch Event ist, aber eines, das nicht folgenlos bleibt, sondern entscheidend beiträgt zum „Erlebnis Stadt“ – die Stadt als Bühne – und damit viel für die Identifikation der Menschen in Schwerte mit ihrer Heimatstadt beiträgt.

Grüne begrüßen Verbraucherzentrale in Schwerte

Ab Februar 2010 soll es eine Anlaufstelle für Verbraucherinnen und Verbraucher in Schwerte geben. Dies ist ein weiterer Schritt zum notwendigen flächendeckenden Ausbau in NRW.

Die Verbraucherzentrale hat besondere Bedeutung auch im Hinblick auf den demographischen Wandel. „Wenn es z.B. um Beratung zur Pflegeversicherung geht, ist die Verbraucherzentrale ein wichtiger Ansprechpartner. Hier gibt es Unterstützung bei der Antragstellung, Informationen zum Pflegetagebuch, aber auch Hilfe bei Widersprüchen,“ so Monika Demant, Bürgermeisterkandidatin der Grünen in Schwerte. „Für SeniorInnen, aber auch für Familien mit Kindern und Angehörigen mit Behinderung ist eine Beratung vor Ort und zu jeder Zeit sinnvoll. Bei der Suche nach Räumen sollte daher unbedingt an einen barrierefreien Zugang gedacht werden.“

Monika Demant: „Wir schließen uns darüber hinaus den Forderungen der Landesgrünen an, dass Finanzierungsmöglichkeiten wie eine Stiftung zur unabhängigen Verbraucherberatung eingerichtet werden sollten, um ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben, ohne die Kommunen zu belasten.“

Pressemitteilung

Nickelstaub: Kreis Unna beantwortet Fragen der GRÜNEN
Informationen zu Schwerter Industrieemissionen auf GRÜNER Homepage

Eine Anfrage der GRÜNEN nach dem Umwelt-Informationsgesetz in Zusammenhang mit den hohen Nickelstaubwerten hat in der letzten Woche der Kreis Unna beantwortet. Konkret ging es bei der Anfrage um die Maßnahmen zur Nickelstaubreduzierung bei der Brammenschleiferei der Firma LEWI. Der Kreis nennt in seiner Antwort Details zu der bei LEWI installierten Filtertechnik sowie zu den Maßnahmen zur Reduzierung der „diffusen“ Staubemissionen, die wahrscheinlich Hauptursache der hohen Nickelstaubniederschläge sind. Eine messtechnische Überwachung der Anlage durch den Kreis Unna gibt es demnach nicht, allerdings wird die Einhaltung der im März 2009 angeordneten Grenzwerte kontinuierlich

durch die Firma LEWI überwacht. Weiterhin geht aus der Antwort des Kreises hervor, dass seit November 2008 insgesamt 6 vor-Ort-Kontrollen bei der Firma LEWI durchgeführt wurden.

[Die vollständige Antwort des Kreises Unna kann man hier herunterladen \(.pdf 55k\).](#)

Die GRÜNEN werden in diesem Zusammenhang auch Links zu weiteren öffentlich zugänglichen Informationen über die Industrieemissionen in Schwerte auf ihrer Homepage anbieten. Neben den Messwerten des Landesamtes für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, durch die die aktuelle Diskussion überhaupt ausgelöst wurde, sind das die Zusammenfassungen der so genannten „Emissionserklärungen“ und „PRTR-Berichte“. Größere Industriebetriebe, so auch die Deutsche Nickel, Hundhausen, Hoesch und das Stahlwerk Ergste, müssen in regelmäßigen Abständen Berichte zu bestimmten Emissionen und teilweise auch anderen umweltrelevanten Faktoren wie Abfällen und Abwasser machen, die dann in zusammengefasster Form im Internet veröffentlicht werden. Die letzten entsprechenden Berichte stammen aus den Jahren 2004 und 2007, die Daten des Berichtsjahrs 2008 werden erst zum Jahresende oder Anfang 2010 öffentlich zugänglich sein.

Leider handelt es sich bei diesen Daten nicht um exakte Messberichte, und Angaben müssen auch nur oberhalb von z.T. sehr großzügig festgesetzten Schwellenwerten gemacht werden. Zudem lassen sich zu den sogenannten diffusen Emissionen der Betriebe nur sehr grobe Schätzwerte angeben – und gerade diese machen bei dem aktuellen Nickelproblem in Schwerte den Hauptanteil aus. Trotzdem können auch diese Informationen ein Stück weit zur Aufklärung der Öffentlichkeit über die Situation bezüglich der Industrieemissionen beitragen.



Die digitale Pappenschlacht

Wie ihr sehen könnt, ist die Pappe ein zentrales Element unserer Kommunalkampagne. Doch die Pappe funktioniert nicht ohne die Menschen, die ihre Botschaft darauf setzen und sich für GRÜNE Inhalte engagieren. Die Pappe funktioniert nur mit Dir!

Deshalb haben wir nun die digitale Pappenschlacht gestartet. Wir suchen Dich und deine Pappe. Wofür stehst Du? Was ist dein Herzensthema? Wieso setzt Du Dich für GRÜNE Inhalte ein?

Und so funktioniert's

Mitmachen ist ganz einfach: Schnapp Dir eine Pappe, schreib auf was Dir wichtig ist und lade die Pappe hoch. So einfach ist das. Du musst auch kein Parteimitglied sein um mitzumachen. Du kannst auch mehrere Pappen hochladen, wenn Du willst.

Mitmachen lohnt sich!

Pro Woche verlosen wir unter den eingegangenen Pappen tolle Preise. Immer Montags wählen wir die fünf besten Pappen aus und starten ein Voting - ihr bestimmt wer gewinnt und den Preis abräumt.

Mehr Infos hier: <http://zeit-fuer-gruen.de>

Grünes Kommunalswahlprogramm für Schwerte 2009

Die Leitsätze der grünen Politik für Schwerte

Familie

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf

- Ausbau von Familienzentren
- Chancengleichheit für alle Kinder- und Jugendliche

Soziales

- Einführung eines Sozialpasses
- Prävention statt Intervention in der Jugendhilfe

Demographie

- Berücksichtigung der Interessen aller Generationen

Migration

- Zuwanderung als Chance für unsere Gesellschaft

Bildung

- Jedes Kind kann gefördert werden! Kein Kind verloren geben!
- Alle Grundschulstandorte erhalten, notfalls einzügig!
- Schulhöfe kindgerechter und naturnäher! Keine Überwachungsmaßnahmen auf Schulhöfen!
- Bildungsberatung verstärken in Zusammenarbeit mit den Familienzentren!
- Über die Zukunft der weiterführenden Schulen in Schwerte breit diskutieren!
Stadtteilschulen für alle anstreben!

Kultur

- Kultur ist kein Selbstzweck, erhöht die Lebensqualität aller Menschen in Schwerte!
- Finanzmittel für Kultur wenigstens auf heutigem Stand halten, nicht weiter kürzen!
- Welttheater der Straße ist für das Erlebnis Stadt unverzichtbar! Finanzierung auf jeden Fall sichern, auch durch Umschichtungen von Mitteln!
- Jeder Mensch ist ein Kulturschaffender! Kultur von unten fördern!
- Bibliothek und Volkshochschule sichern!

Gesundheit, Natur, Klimaschutz

- Feinstaub- und Nickelbelastungen abbauen!
- Respektvollen Umgang mit der Natur in Schwerte durchsetzen!
- Klimaschutz als kommunale Aufgabe ernst nehmen!
- Energetische Gebäudesanierungen forcieren!
- Gesunde Umwelt ist eine Frage der Gerechtigkeit!
- Umweltbeauftragten wieder einsetzen!
- Regionale Lebensmittelvermarktung und ökologischen Landbau stärken!
- Solardachkampagne zur Förderung der solaren Stromerzeugung!
- Trinkwassergewinnung ernst nehmen – Ruhrauen schützen!
- Bäche und Teiche naturnäher gestalten!

Stadtentwicklung

- Flächenverbrauch stoppen - keine neue Planung von Baugebieten - Schließung von Baulücken
- Zügige Umsetzung der Ortsteilentwicklungspläne mit dem Bürger als Partner
- Barrierefrei Umgestaltung der Innenstadt
- Ausweitung der innerstädtischen Grünzüge (Blaue Band)

- Nahversorgung in der Innenstadt und in den Ortsteilen sichern

Mobilität

- Benutzerfreundlicher Umbau des Busbahnhofs
- Tempo 30 in der Innenstadt
- Errichtung einer Fahrradstation am Bahnhof
- Wiedereinführung von Parkgebühren in der Innenstadt
- Nur zweispuriger Ausbau der B236 mit Bus-Rad Streifen
- Ausbau des Radwegenetzes, besonders zu den Stadtteilen

Haushalt

- Sparen ist kein Selbstzweck! Nur so viel sparen, dass der Haushalt genehmigt werden kann!
- Kinder und Jugendliche sind die Zukunft der Stadt. An ihnen zu sparen heißt die Zukunft zu missachten!
- Schuldenfreiheit ist nicht das höchste politische Ziel einer Kommune! Kaputtgesparte Bildungsmöglichkeiten belasten unsere Kinder mehr als Schulden!
- Die Fehlentscheidung aus dem Jahre 1992, ein Freizeit - Allwetter - Bad in Schwerte zu bauen, hat etwa die Hälfte der städtischen Schulden erzeugt!

Wirtschaft

- Große Bauprojekte sind nicht mehr finanzierbar, niemand im Rat kann sich mehr Denkmäler setzen! Statt dessen braucht Politik Visionen, den sozialen Ausgleich in unserer Stadt – zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt – zu organisieren.
- Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken! Mittelstand unterstützen!
- Geld ist für die Menschen da!
- Raus aus der Kreditklemme, die die Großbanken verursacht haben – Mikrofinanzgenossenschaften schaffen!

Wahlprogramm der Grünen Schwerte

Familie

- Prävention statt Intervention
- Demographie
- Menschen mit Behinderung in unserer Stadt

Soziale Gerechtigkeit

Schule

- Grundschule
- Sekundarstufe

Jugend (außerschulische Jugendarbeit)

Kultur

Sport

- Vereine stärken
- Sport braucht Räume

Ökologie und Stadt

- Umwelt- und Klimaschutz
- Energienutzung vor Ort verändern
- Stadtentwicklung
- Mobilität
- Natur- und Verbraucherschutz

Haushalt

Wirtschaft

- Mittlere und kleine Betriebe fördern
- Mikrofinanzgenossenschaft
- Sparkasse zum Wohle der Stadt
- Energienutzung vor Ort verändern

Familie

Gleiche Chancen für alle – zukunftsorientierte Familien- und Bildungspolitik

Kinder, Jugend und Familien

Kinder und Jugendliche sollen in unserer Gesellschaft gleiche Chancen haben, unabhängig davon, ob sie Mädchen oder Jungen sind, unabhängig ihrer Herkunft und der finanziellen Möglichkeiten ihrer Familien. Familien gibt es heute in unterschiedlichen Formen: Eltern und Kinder, Einelternfamilien, Patchworkfamilien, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, Pflegefamilien. Menschen leben in Gemeinschaften wie Beginenhöfen, Mehrgenerationenhäusern, Wohngemeinschaften.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird selbstverständlicher und notwendiger. Nicht zuletzt, um sich gegenseitig abzusichern in unsicheren Zeiten, geprägt durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Die Versorgung kann nicht mehr als Leitbild dienen.

Um Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, setzen wir uns für eine qualifizierte Ganztagsbetreuung in zeitlich flexibler Form für Kinder jeder Altersgruppe ein. Das schließt eine Randzeiten- und Ferienbetreuung für Kinder mit und ohne Behinderung mit ein.

Eine qualifizierte Betreuung braucht gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte: Tagesmütter sind schwer zu finden, da es an einer angemessenen Bezahlung fehlt. Hier gibt es viel zu tun.

- Immer weniger ErzieherInnen sollen immer mehr tun: Bildungsdokumentation und Förderprogramme, Projekte und Elternberatung. Auch wenn KiBiZ ein Landesgesetz ist, ist die Kommune in der Verantwortung.
- Eine Anpassung der Kindertageseinrichtungen und der offenen Ganztagschule an den wachsenden Bedarf ist erforderlich.
- Um Chancengleichheit zu ermöglichen, haben wir die Vision einer kostenfreien Bildung und Betreuung für alle Kinder.

- Ortsansässige Betriebe – einige machen sich schon auf den Weg – sollen für familienfreundliche Projekte gewonnen werden. Hier sollte das Schwerter Rathaus in unserer Stadt beispielhaft vorangehen.

Die Angebote einer frühen Unterstützung für benachteiligte Familien wollen wir weiter ausbauen. Hierzu gehören kostenfreie Elternbildung, Betreuungsplatzgarantie und die Einführung eines Familienpasses. Elternbildung sollte wohnortnah in Familienzentren angesiedelt sein – gut erreichbar und bedarfsorientiert. Dies wäre ein Schritt zum Ausbau der Familienzentren in Generationen übergreifende Stadtteilzentren.

Prävention statt Intervention

Wir Grünen in Schwerte setzen uns ein für eine grundsätzliche Veränderung in der Jugendhilfe. Die Kosten für Hilfe zur Erziehung steigen stetig. Das Geld wird ausgegeben für Fördermaßnahmen, Sozialpädagogische Familienhilfe und Fremdunterbringung. Die Stadt muss zahlen – es ist eine Pflichtleistung.

Wir Grüne wollen: Prävention statt Intervention

Ein umfassendes Konzept muss her, das durch qualifiziertes und ausreichendes Personal umgesetzt wird. Eine so grundsätzliche Veränderung geht nicht von heute auf morgen, ist nicht „kostenneutral“, aber bringt einen hohen Gewinn für die Kinder und ihre Familien – und mittelfristig auch eine finanzielle Entlastung des Stadtsäckels.

Demographie

Die Stadt Schwerte sieht sich gern federführend im Bereich Demographie. In Schwerte wurden neue Wege eingeschlagen: Ein Ausschuss für Soziales, Demographie und Generationen wurde ins Leben gerufen. In Demographie-Workshops arbeiteten MitarbeiterInnen aus verschiedenen Abteilungen der Verwaltung und PolitikerInnen Hand in Hand, gemeinsam wurden Ideen entwickelt, es wurde klar: Demographie kann nur ein übergreifendes Thema sein.

Die Grünen in Schwerte waren maßgeblich beteiligt und wollen es auch weiterhin sein: Demographie muss stets mitgedacht werden.

Wir wollen eine Stadt für alle Generationen, die miteinander leben, gestalten und handeln, die miteinander im Gespräch sind.

Demographie ist kein Thema für eine Wahlperiode, sie ist ein Thema, das einen steten Dialog zwischen BürgerInnen, MitarbeiterInnen der Verwaltung und PolitikerInnen erfordert.

Menschen mit Behinderung in unserer Stadt

Wir Grünen in Schwerte wollen eine Stadt, in der Menschen mit und ohne Behinderung gemeinsam leben und lernen.

Wohnortnahe Integration in Kindertageseinrichtungen ist an der Tagesordnung, gemeinsamer Unterricht in Grund- und weiterführenden Schulen eher die Ausnahme. Wir haben die Schule an der Ruhr für Kinder, die Förderung in den Bereichen Lernen, sozial-emotionale Entwicklung und Sprache benötigen. Eine Schule, in der alle gemeinsam lernen, ist zurzeit für viele nicht denkbar, unser „Regelschulsystem“ macht Integration bzw. Inklusion in seiner jetzigen Form nicht möglich. Es fehlt an Konzepten und LehrerInnen, aber vorwiegend an Wissen und Haltung.

Es wird viel diskutiert über individuelle Förderung und Innendifferenzierung. Wir brauchen ein Umdenken und eine Veränderung im Schulsystem.

Wir brauchen eine gute Beratung für SchülerInnen, die es schwer haben, einen Arbeitsplatz auf dem 1. Arbeitsmarkt zu finden.

Wir Grünen in Schwerte setzen uns ein für Barrierefreiheit, bezogen auf Bildung, auf Stadtplanung und Verkehr.

Barrieren im Kopf und Unsicherheiten sollen durch gemeinsames Erleben, gemeinsames Handeln und Gestalten in unserer Stadt abgebaut werden.

Soziale Gerechtigkeit

Der größte Skandal, den die Gesellschaft zulässt, ist die Kinderarmut. Damit versündigen wir uns nicht nur an der Zukunft dieser Kinder, sondern setzen auch die Zukunft der gesamten Gesellschaft aufs Spiel. Wegen der sinkenden Geburtenrate werden in Zukunft Kreativität und Lebensmut eines jeden Kindes gebraucht, wenn diese Gesellschaft weiterhin ein gutes Leben haben möchte. Armutsbedrohte Kinder verlieren jedoch schnell ihren Mut und ihre Leistungsfähigkeit.

Freilich ist eine Stadt wie Schwerte mit Armutsbekämpfung überfordert; sie ist Aufgabe der Bundespolitik. Die Grünen haben aber einige Initiativen gestartet, denen in der Regel die anderen Parteien die Zustimmung verweigert haben.

- Einen jährlichen Gutschein für Schulmaterial für Kinder von Hartz IV-Empfängern
- Eine gerechtere, dem Einkommen angepasste Gebührenstruktur für die Offene Ganztagschule, damit dann Gebührenfreiheit für Arme. (noch nicht erreicht)
- Die Erhöhung der Einkommensgrenze für kostenlosen Kindergartenbesuch auf 15 000 € ist auf unsere Initiative hin erfolgt.
- Ein Sozialpass für Hartz IV Empfänger, mit dem sämtliche kostenlosen bzw. reduzierten Leistungen der Stadt, des Verkehrs und anderer Träger nutzbar sind. (bislang von den anderen Parteien abgelehnt)
- Wir haben dafür gesorgt, dass bei der Beschlussfassung über das Sparpaket Rödl das Arbeitslosenzentrum Signal ebenso wie die Spielstube im Großen Feld herausgenommen wurde.

Auch wenn Signal in bestimmten Bereichen (Sozialkaufhaus, Schuldnerberatung) gut finanziert ist, so ist die Schwerter Tafel unterfinanziert. Der Kraftakt des Sommers 2009, mit privaten Spenden die Existenz zu sichern, kann sicherlich nicht jedes Jahr wiederholt werden. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, die städtischen Zuschüsse zu erhöhen.

Schule

Schulpolitik ist hauptsächlich Sache des Landes, die Kommune muss aber Voraussetzungen dafür schaffen, dass Schule möglichst gut arbeiten kann.

Grundprinzip muss sein: jedes Kind mitnehmen. Jedes Kind muss gefördert werden, kein Kind darf verloren gegeben werden. Die Stadt muss, soweit sie es kann, dafür sorgen, dass das möglich wird.

- 1. Die Stadt muss die Voraussetzungen dafür schaffen, Ganztagsbetrieb an den Schulen zu

ermöglichen. Einerseits ist das nötig, damit für die Eltern Familie und Beruf besser vereinbar sind, andererseits, weil ein großer Teil der Kinder so besser gefördert werden kann. Ganztagsbetrieb fordert allerdings eine neue Struktur in der Zusammenarbeit von Schulen, Kirchen, Vereinen usw. für die Freizeitbeschäftigung der Kinder.

Die Organisation dieser Zusammenarbeit ist eine gesamtstädtische Aufgabe, die über die Möglichkeiten der Einzelschule hinausgeht. Daher sollte die Stadt einen koordinierenden Arbeitskreis ins Leben rufen. Es versteht sich, dass im Ganztagsbetrieb jedes Kind eine warme Mahlzeit am Tag erhalten muss. Dies darf an finanziellen Schwierigkeiten der Eltern nicht scheitern.

- 2. Schule kann unter den gesellschaftlichen Bedingungen von heute nicht mehr von alleine funktionieren. Für viele Eltern ist es eine Überforderung, alle Aufgaben zu erledigen, die für eine erfolgreiche Schullaufbahn der Kinder erforderlich wären. Daher ist eine gezielte Bildungsberatung und Elternbildung notwendig. Die könnte z. B. an den Schwerter Familienzentren angesiedelt werden. Auf die Hilfe von Vereinen wie dem Türkischen Elternbund sollte dabei unbedingt zurückgegriffen werden. Kindern aus Armutsfamilien ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Grünen hatten in der letzten Ratsperiode gefordert, Kindern von Hartz-IV Empfängern eine zusätzliche Ausstattung für Schulbedarf zu gewähren. Dies ist in gewissem Umfang von der Bundesregierung geleistet worden. Damit ist das Problem aber noch nicht erledigt.
- 3. Grundlegende Aufgabe der Stadt ist natürlich, ansprechende, kind- bzw. jugendgerechte Schulgebäude vorzuhalten. Hier fehlt noch viel. Auch mit geringen Mitteln könnte mehr gemacht werden, z. B. durch gezielte Förderung von Eigeninitiative. Die Schulhöfe könnten an vielen Stellen erheblich kinderfreundlicher und naturnäher gestaltet werden. Es muss nicht jeder Schulhof nur aus versiegelter Fläche bestehen! Der Schulhof ist ein Ort freien, ungezwungenen Aufenthalts für Kinder und Jugendliche. Die Grünen lehnen entschieden die drastische Einzäunung von Schulhöfen und ihre Überwachung mit Videokameras ab. Solche anonymen Überwachungs- und Schutzsysteme rufen nur die Aggressionen hervor, vor denen sie angeblich schützen sollen. Das Sicherheitsproblem kann nur durch Präsenz von Menschen gelöst werden. Dass viele Schulen keinen Hausmeister mehr haben, ist bereits der Beginn einer Fehlentwicklung.
- 4. Die Entwicklung des Schulwesens auch in Schwerte wird stark durch die abnehmende Kinderzahl geprägt werden. Die Geburtenjahrgänge 2003 – 06, also die Grundschüler der nächsten Ratsperiode, sind erneut gesunken.

Grundschule

Dennoch müssen alle Versuche unternommen werden, die wohnortnahe Grundschulen zu erhalten. Die Möglichkeit, im Ortsteil eine Schule zu besuchen, die auch von den aus der Umgebung bekannten Kindern besucht wird, ist für das Prinzip „jedes Kind mitnehmen“ besonders wichtig.

Zweifellos werden einige Grundschulen im Lauf der nächsten Jahre in die Einzügigkeit übergehen (d. h. sie können nur eine Eingangsklasse bilden). Die Stadt muss sämtliche Möglichkeiten des Schulrechts ausnützen, trotzdem alle bisher vorhandenen Grundschulen zu halten. Wenn im Grundschulalter Bildung nicht gelingt, ist das kaum noch gutzumachen.

Das Programm der Offenen Ganztagsgrundschule ist weiterzuführen und soweit möglich zu verbessern.

Sekundarstufe

Im Laufe der nächsten Ratsperiode wird sich wegen der sinkenden Schülerzahlen Veränderungsbedarf im Bereich der Sekundarstufen-Schulen (Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen, Gesamtschule, Förderschule)

ergeben. Die Stadt muss spätestens in zwei Jahren eine öffentliche Diskussion über die weiterzuführenden Schulen anstoßen, damit auf jeden Fall kurzfristige Hau-Ruck-Entscheidungen über Schulschließungen vermieden werden.

Die Frage, welche Schulen auf jeden Fall langfristig erhalten werden sollen, ist keine Parteiensache, sondern muss Sache breiter Mitbeteiligung der Bürgerschaft bzw. der Schulgemeinden sein.

Nach unserer Auffassung sollten möglichst viele integrierte Systeme geschaffen werden (im Sinne einer Stadtteilschule für alle). Auf diese Weise könnten auch möglichst viele Schulen gehalten werden. Sofern das Land weiterhin die Voraussetzungen für Stadtteilschulen nicht schafft, ist auf entsprechende Gesetzesänderungen im Interesse der Schwerter Schülerschaft zu drängen.

Man muss aber darauf achten, dass im Zuge möglicher Zusammenlegungen nicht zu große, monopolartige Schulen entstehen; eine Schule mit mehr als vier Züge wird für die Kinder zu unübersichtlich.

Der Ganztagesbetrieb ist zu unterstützen. Die Zusammensetzung der Schülerschaft macht eine verstärkte sozialpädagogische Betreuung erforderlich. Es ist darauf hinzuarbeiten, dass an möglichst vielen Schulen wenigstens eine sozialpädagogische Fachkraft tätig werden kann.

Sie könnte auch Präventionsprogramme z. B. gegen Schulverweigerung (Schwänzen) organisieren.

Jugend (außerschulische Jugendarbeit)

Jugendliche sind die große Chance der Gesellschaft auf Erneuerung und Zukunftsfähigkeit. Jugendliche sind kreativ und leistungsbereit, wenn sie an der richtigen Stelle gefordert sind. Öffentlichkeit und Politik müssen endlich diesen Blickwinkel einnehmen, wenn eine akzeptable Jugendpolitik entstehen soll.

Traurige Wahrheit ist: Jugend wird heute in der Öffentlichkeit vorwiegend als Problemgruppe abgestempelt. erinnert man sich an Diskussionsthemen im Rat zum Thema Jugend, dann fällt einem ein: kriminelle Jugendliche, die besser überwacht werden müssen (Videoüberwachung an Schulhöfen); abweichende Jugendliche, die Geld kosten; Bildungsverlierer, die keine Lehrstelle bekommen haben. Dabei haben Jugendliche an vielen Stellen in unserer Stadt ihre Kreativität, ihre Begeisterungsfähigkeit, ihre Leistungsfähigkeit, ihren Einsatzwillen unter Beweis gestellt. Ob in Schule oder Verein, im Sport oder in der Musik, beim Theater oder bei den Pfadfindern und wo sonst noch überall.

Schwerte verfügt über ein gewisses Netz an Einrichtungen, die für Jugendliche geeignete Arbeit tun. Dies Netz ist ausbaubedürftig. Vor allem aber müsste das Bestehende von der Stadt intensiver unterstützt und gefördert werden.

Genannt seien hier nur:

- die Initiative „Schwerte für Kids“ mit den verschiedenen Angeboten, auch an den Stadtteilen.
- die Einrichtung eines Streetworkers (Quartierback)
- das Jugendkulturzentrum „Kunterbunt“ – eine in jugendpolitischer wie kulturpolitischer Hinsicht besonders wichtige Einrichtung, an der man besonders gut zeigen kann, wie wenig Unterstützung die CDU-geführte Verwaltung für selbstständige Jugendaktivitäten Die letzten Jahre waren mit dem Gezerre um den Standort ausgefüllt. Mit ganz geringer Sensibilität für die Notwendigkeiten von Jugendarbeit glaubte die Verwaltung, Kunterbunt an den Stadtrand verlegen zu können. Man darf ohne Übertreibung behaupten, dass ohne den unermüdlichen Einsatz der Grünen die Existenz von Kunterbunt heute in höchstem Maße gefährdet wäre. So aber darf man hoffen, dass Kunterbunt auch in seinem zweiten Lebensjahrzehnt die Schwerter Jugendszene bereichert. Die Grünen werden sich weiterhin für jede notwendige städtische Unterstützung einsetzen.
- auch die Rohrmeisterei entwickelt zunehmend eine interessante kulturpädagogische Arbeit für

Jugendliche.

- die kirchliche Jugendarbeit bleibt eine wichtige Säule. Wo die Stadt bei notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen oder auch bei der Bereitstellung von Räumen helfen kann, sollte sie es tun.
- die Arbeit der Schwerter Sportvereine für Jugendliche muss besonders gewürdigt werden. Die Grünen setzen sich dafür ein, die wahrscheinlich notwendig werdenden Benutzungsgebühren für Sportstätten nicht für Jugendliche gelten zu lassen. Es wäre wünschenswert, dass die Schwerter Sportvereine die ihnen zustehenden Landesmittel für Jugendleiter vollständig abrufen. Die Stadt sollte ggf. mit Hilfe bei der Beantragung einspringen.
- die verbliebenen Jugendzentren, z. T. in kirchlicher Trägerschaft, leisten gute Arbeit. Allerdings ist das klassische Jugendzentrums-Konzept heute etwas überholt.

Die vielen freien Initiativen sind von der Stadt unabhängig und sollen es bleiben. Jugendarbeit ist gewiss bei freien Trägern besser aufgehoben. Aber die Stadt könnte viel mehr tun dabei, die Initiativen zu vernetzen und in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Mancher Jugendlicher würde sich an dem einen oder anderen Angebot mehr beteiligen, wenn er nur davon wüsste.

Hauptsächlich aber brauchen Jugendliche freie Räume in der Öffentlichkeit, an denen sie ungestört ihre Kräfte ausprobieren können. Eines der wichtigsten Probleme der Jugendlichen ist es eben, dass Zug um Zug Wiesen, Plätze, Rückzugsgebiete eingeebnet und bebaut werden.

Nirgends bleibt mehr Platz für die ungezwungene Begegnung von Jugendlichen. Die Stadtentwicklung muss darauf achten, solche Plätze wieder zu schaffen. Soweit der demographische Wandel Brachflächen schafft, müssen sie als solche erhalten werden und mit geeigneten Maßnahmen für Jugendliche zugänglich gemacht werden.

Kultur

Schwerte hat für eine Kleinstadt ein reichhaltiges kulturelles Leben. Dies ist kein Selbstzweck, sondern erhöht die Lebensqualität aller Schwerter Bürgerinnen und Bürger.

Noch stärker als andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens kann Kultur nicht städtisch verantwortet oder gar gelenkt werden. Die Stadt muss aber, soweit es in ihrer Möglichkeit steht, das kulturelle Leben in der Stadt unterstützen und fördern - nicht nur, aber auch finanziell.

In Schwerte gibt es neben vielen kleinen und mittleren Vereinen, die das kulturelle Leben bereichern, neben vielen kreativen Einzelpersonen und Gruppen, drei größere, finanziell einigermaßen potente Träger von Kultur, die alle öffentlich oder teilöffentlich sind: die Stadt selber (in Gestalt des Kultur- und Weiterbildungsbetriebs KuWeBe), die Rohrmeisterei und die Kulturstiftung der Sparkasse.

Leider kann man nicht davon sprechen, dass diese drei Träger ein abgesprochenes, koordiniertes Konzept entlang einer kulturpolitischen Leitlinie haben. Nach Meinung der Grünen wäre jedoch eine bessere Koordinierung und die Schaffung einer kulturpolitischen Vision für eine kleine Stadt am Rande des Ruhrgebiets ein Gebot der Stunde, gerade in Zeiten wegbrechender finanzieller Mittel. Wir werden uns dafür einsetzen, dass geeignete Foren für eine solche Aufgabe gegründet werden.

Die Rohrmeisterei sieht ihre Aufgabe vor allem darin, ein großes Veranstaltungsangebot für einen größeren regionalen Umkreis vorzuhalten. Sie muss dabei ökonomischen Zwängen gehorchen. Das Feld der Eventkultur, die vorwiegend konsumierend aufgenommen wird, ist damit für Schwerte ausreichend abgedeckt. Die Kulturstiftung der Sparkasse fördert Einzelprojekte, wenig abgesprochen mit anderen Trägern. Der KuWeBe unterhält das Kulturbüro, das das Welttheater der Straße, Kleinkunstwochen und Tanztheater

durchführt; insoweit bewegt es sich auch überwiegend im Bereich der Eventkultur.

Grundsätzlich ist nach unserer Auffassung Eventkultur nicht die Hauptaufgabe von Kulturpolitik in kleineren Kommunen. Denn mit den Top-Events, die aus dem Fernsehen oder den leicht erreichbaren Großstädten bekannt sind, kann eine Kleinstadt ohnehin nicht mithalten.

Städtische Kulturpolitik sollte nach grüner Auffassung hauptsächlich eine „Kultur von unten“ fördern. Also die kulturellen Potentiale innerhalb der Bevölkerung herauslocken, pflegen und, soweit gewünscht, öffentlich präsentabel machen. Kinder, Schüler, Jugendliche, Erwachsenen, Senioren: sie alle sind ständig kulturell tätig, wenn sie ihr Leben bewusst und abwechslungsreich führen.

Viele tun das in Gruppen, erarbeiten sich Themen, Geschichten, Spielstücke, Musik, Bilder, Skulpturen und vieles mehr. Städtische Kulturpolitik kann Orte schaffen, wo dergleichen möglich ist, Anlässe, wo ausgestellt, ausgetauscht wird. Insoweit kann dann auch städtische Kulturpolitik „Events“ schaffen, aber solche, die von städtischer Bedeutung sind und nicht von überregionaler.

Das Welttheater der Straße bleibt allerdings als zentrales „Event“ für die Schwerter Kultur unverzichtbar. Denn es ist nicht einfach nur ein Event, das konsumiert wird und ansonsten folgenlos bleibt, es ist längst für viele das Schlüsselerlebnis „Stadt“ geworden. Welttheater lehrt, die Stadt neu zu sehen, neu zu erleben. Die Stadt wird zur Bühne.

Dieses Erlebnis führt zu einer neuen, intensiveren Bindung der Zuschauer an die Stadt Schwerte. Das Welttheater, an dem übrigens auch bemerkenswert viele teilnehmen, die nicht klassische Kulturbesucher sind, ist für die Identifikation der Menschen mit der Stadt von überragender Bedeutung. Es ist auch das einzige „Stadtfest“ in Schwerte. Die Grünen lehnen alle Überlegungen ab, das Welttheater nur noch alle zwei Jahre stattfinden zu lassen. Auch die Erhebung von Eintritt kann nicht zielführend sein.

Eintritt würde das Welttheater begrenztes Spektakel reduzieren. Es geht aber um das Erlebnis der offenen Stadt. Es müssen alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, das Welttheater finanziell auf eine gesicherte Basis zu bringen. Auch durch Umschichtung von Mitteln.

Damit die unverzichtbaren Aufgaben von Kulturpolitik in Schwerte – Welttheater und Förderung einer Kultur von unten – weiter durchgeführt werden können, ist es erforderlich, die Stelle eines Leiters des Kulturbüros auch nach der Pensionierung des gegenwärtigen Stelleninhabers weiter zu besetzen.

Anzustreben ist eine personelle Neuorientierung, in deren Folge der Leiter des Kulturbüros in Personalunion Leiter des KuWeBe wird, wenn der gegenwärtige Stelleninhaber in den Ruhestand geht. Schon dadurch würden in einigen Jahren Mittel freigesetzt, die für die Kulturarbeit, beispielsweise das Welttheater, genutzt werden könnten.

Altes Rathaus

Ein vieldiskutiertes Thema ist seit dem Sparkonzept, das unter dem Namen Rödl gehandelt wird, das Alte Rathaus. Die weitere Nutzung des Erdgeschosses des Alten Rathauses für städtische Zwecke – insbesondere Veranstaltungen, wechselnde Ausstellungen und als Anlaufstelle für den Tourismus – ist von allen unbestritten.

Die Grünen sind allerdings nicht der Meinung, dass die im Obergeschoss des Alten Rathauses gezeigten Ausstellungsgegenstände es wert sind, dass dafür deutlich über 100 000 € jährlich für Betreuung, Offenhaltung und Umbau ausgegeben wird.

Nach unserer Meinung sollten die gesammelten Bestände aus der Stadtgeschichte, überwiegend archäologischen Charakters, an gesicherten Räumen im Stadtzentrum, z. B. in nicht mehr gebrauchten Schulräumen, aufbewahrt werden. Dort könnten sie dann bei Bedarf besichtigt werden. In der Regel werden sie aber verschlossen sein. Es gibt in anderen Orten durchaus bedeutsamere Sammlungen, die ebenfalls nur nach Anmeldung zugänglich sind.

Auch hier könnten frei werdende Mittel für wichtigere kulturpolitische Zwecke ausgegeben werden. Auf keinen Fall ist aber eine Einsparung von 150 000 € zu Lasten des KuWeBe möglich, das würde das Ende jeder Kulturarbeit in Schwerte bedeuten und damit unsere Stadt erheblich weniger lebenswert.

Die Schwerter Bibliothek hat sich in den letzten Jahren ein gutes Profil gegeben. Sie sammelt umfangreich und klug und arbeitet in der Öffentlichkeitsarbeit sinnvoll mit den Buchhandlungen zusammen. Auch der rührige Förderverein hat seinen Anteil daran. Die Schwerter Bücherei muss weiterhin angemessen ausgestattet bleiben.

VHS und Musikschule werden mit ihren gegenwärtigen Konzepten einen guten Platz in Schwerte behalten.

Sport

Vereine stärken

Sport macht stark. Die Schwerter Sportvereine sind das Rückgrat unserer attraktiven Sportlandschaft und erfüllen darüber hinaus eine wichtige soziale und kulturelle Rolle. Gerade in Zeiten eines beschleunigten sozialen Wandels übernimmt der Vereinssport eine zentrale gesellschaftliche Integrationsfunktion. Wir wollen die Sportvereine mit unserer Sportpolitik deshalb stärken. Dabei soll die Kinder- und Jugendförderung intensiviert werden. Sportanlagen Benutzungsgebühren für Kinder und Jugendliche lehnen wir ab. Wir werden uns für Maßnahmen einsetzen, die das ehrenamtliche Engagement und den gesellschaftlichen Beitrag der Vereine unterstützen.

Sport braucht Räume

Wir werden uns weiterhin für intakte und attraktive Sportanlagen stark machen. Eine wesentliche Aufgabe der kommunalen Sportpolitik ist es, den dringenden Sanierungsbedarf von Sporthallen und Sportplätzen zu meistern. Die ersten Schritte zur Umwandlung des Ascheplatz des SV Geisecke in einen zeitgemäßen Kunstrasenplatz sind eingeleitet. Für die weitere Umsetzung werden wir Grünen uns einsetzen. Ebenso werden wir die SG Eintracht Ergste und den TuS Wandhofen bei den Bemühungen zur Umwandlung ihrer Sportplätze in Kunstrasenplätze unterstützen.

Hallen und Plätze müssen auch für nichtvereinsgebundene Aktivitäten zur Verfügung stehen. Hier halten wir es für notwendig, ein Konzept zu entwickeln, das eine weitestgehende Zugänglichkeit unserer Sportanlagen für jedermann sichert. Viele Schulsporthallen sind in den Ferien nur eingeschränkt nutzbar, während für Jugendliche und Kinder in diesen Zeiten nur begrenzte Sportmöglichkeiten bestehen. Gleichzeitig sind immer mehr Familien aufgrund ihrer finanziellen Situation gezwungen, in den Ferien zu Hause zu bleiben. Deswegen sollten die Öffnungszeiten der Sportanlagen in den Schulferien wesentlich erweitert werden.

Im Bereich des offenen Ganztags an den Schulen möchten wir eine engere Zusammenarbeit von Schulen und Sportvereinen in allen Stadtteilen erreichen. Jede Schule soll mindestens einen Sportverein als Kooperationspartner haben. Dabei setzen wir uns für eine leistungsgerechte Vergütung von VereinsübungsleiterInnen ein.

Ökologie

Umwelt- und Klimaschutz

Der respektvolle Umgang mit Bäumen, dem Wald, dem Boden, der Luft, den Pflanzen und Tieren, ein nachhaltiger Umgang mit der städtischen Natur, ist die Grundlage Grüner Politik.

Klimaschutz ist vor allem kommunale Angelegenheit

Unser Antrag auf Minderung der CO₂-Emissionen hat breite Unterstützung im Rat gefunden. Trotz Haushaltssicherungskonzept darf die Stadt bei der energetischen Sanierung nicht untätig bleiben, sind die meisten städtischen Immobilien doch große „Energieschleudern“.

Wir haben die Anträge zum Investitionspakt angeregt und freuen uns mit der Stadt, dass das Projekt „Sanierung des RTG“ den Zuschlag bekommen hat. Eigene Anstrengungen, sprich: Gebäudesanierung muss Schwerpunkt werden. Das bedeutet langfristig auch eine strukturelle Entlastung des städtischen Haushalts. Auch ohne Investitionen lassen sich erhebliche Einsparungen bei den Betriebskosten der städtischen Gebäude erzielen: Benutzerschulung, bessere Absprachen, Vereinbarungen und ein Anreizsystem bieten Handlungsmöglichkeiten, die bei weitem noch nicht ausgereizt sind!

Das sind keine Peanuts!

Die Beachtung von Umweltbelangen führt mehr denn je auch zu wirtschaftlich vorteilhaften Entscheidungen. Leider haben sich in den letzten Jahren auf dem Arbeitsfeld Natur und Umwelt in Schwere viele Rückschritte ergeben. Bürgermeister Böckelühr hat den Umweltbeauftragten abgeschafft, weil er meint, dass das Thema Umwelt alle in der Verwaltung angehen solle... Das führt aber leider dazu, dass sich niemand verantwortlich fühlt.

Energienutzung vor Ort verändern

Konventionelle Energie bleibt teuer, weil sie knapper wird und das Klima geschützt werden muss. Je weniger CO₂ wir verbrauchen desto besser. Je mehr Energie wir regenerativ erzeugen, desto besser. Wir brauchen eine Energieagentur, die für die Bürger/innen und die Stadt sich vorrangig im Sinne des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit einsetzt für eine dezentrale alternative Energiegewinnung und energetische Sanierungen von Gebäuden

Energieeinsparpotentiale erschließen

Energiefresser aufdecken

Handlungskonzepte zur Energieeinsparung entwickeln

Umsetzungsstrategien zur Energieeinsparung unter Einbindung heimischer Unternehmen erschließen

Regenerative Energiegewinnung / Energiegewinnung aus nachwachsenden Rohstoffen bevorzugt fördern und bevorzugt einsetzen

Kraft-Wärme-Kopplungen ausbauen

Dezentrale Handlungskonzepte zum zielgerichteten Ausbau regenerativer Energiegewinnung vor Ort entwickeln

Umsetzungsstrategien zum Ausbau regenerativer Energiegewinnung unter Einbindung heimischer Fachbetriebe vorantreiben.

Daher unsere zentrale Forderung:

Schwerte braucht wieder eine(n) Umweltbeauftragte(n), der diese anspruchsvolle Querschnittsaufgabe koordiniert. Er/Sie ist zentraler Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger, er/sie überprüft die Beschlussvorlagen für Ausschüsse und den Rat auf Umweltbelange, er/sie schult die städtischen Mitarbeiter.

Gesundes Wohnen, Schutz vor Umweltgiften und Lärm sind für uns eine Frage der Lebensqualität und eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Denn nicht nur die, die es sich leisten können, haben Anspruch auf eine gesunde und intakte Umwelt, auf gesunde Ernährung und schadstofffreie Produkte.

Die Feinstaubbelastung muss auch in unserer Stadt (Hörder Straße, Nickelwerke usw.) systematisch

gemessen und vermindert werden.

Angesichts der jahrzehntelangen Belastung mit Schadstoffen wie z.B. Schwermetallen muss flächendeckend geprüft werden, ob schädliche Bodenverunreinigungen vorliegen.

Die besondere Rolle Schwertes für die Trinkwasserversorgung von 1 Million Menschen erfordert ein besonderes Augenmerk auf die Vermeidung von Schadstoffbelastungen für das Grundwasser.

Zudem soll die Stadt aktiv die Aktionsplanung nach der EG-Umgebungslärmrichtlinie vorantreiben, denn es gilt, die negativen Folgen von Lärmbelastungen zu vermeiden.

Auch für die Koordinierung dieser vielfältigen Aktivitäten und die umfassende Information der Bevölkerung aus einer Hand ist die Funktion des/der Umweltbeauftragten zwingend erforderlich.

Stadtentwicklung

Ein Drittel der Schwerter Fläche ist bereits bebaut, die Zeit der großen Baumaßnahmen ist glücklicherweise vorbei. Der Flächenbedarf pro Einwohner ist in den letzten 30 Jahren erheblich angestiegen.

Dieser Trend muss gestoppt werden. Deshalb werden wir keinen weiteren Flächenverbrauch befürworten, das umfasst auch das Gelände „Am Knapp“. Eindeutigen Vorrang müssen die Schließung von Baulücken und die Innenentwicklung haben.

In der letzten Ratsperiode sind unter intensiver Mitwirkung der Bürger vor Ort die Ortsteilentwicklungspläne aufgestellt worden. Noch sind nicht alle Maßnahmen aus diesen Plänen umgesetzt. In den Schubladen liegen noch viele gute Ideen, die sich kostengünstig realisieren lassen. Hierfür ist Bürgerbeteiligung Pflicht!

Es gilt, die Renaissance der Innenstadt zu fördern: Die Wege und Gebäude sind barrierearm umzugestalten. Die Aufenthaltsqualität muss aufgewertet werden, Freiräume sollen kinder- und seniorengerecht nutzbar gemacht werden.

Durchgängige Grünzüge sind zu erhalten bzw. zu schaffen, z. B. eine Verbindung Stadtpark – Ruhraue. Aber auch, wie bereits in Westhofen begonnenen, in den Stadtteilen

Das Blaue Band (s.a. Arbeitskreis „Wasser in die Stadt“) ist zu ergänzen.

Wir Grünen wollen die fußläufige Erreichbarkeit der Nahversorgung in der Innenstadt und in den Stadtteilen sichern -

Der Neubau des Edekamarktes darf nur auf der nicht geschützten Fläche erfolgen.

Mobilität

Das Radwegekonzept einschließlich des Maßnahmenpakets ist beschlossen – und muss umgesetzt werden, insbesondere die Maßnahmen mit geringen Investitionskosten.

Die Abstellmöglichkeiten für Fahrräder im Innenstadtbereich müssen verbessert werden

Am Bahnhof fehlt eine Fahrradstation

Der zentrale Omnibusbahnhof muss kundenfreundlicher, attraktiver und barrierefrei gestaltet werden, auch unabhängig von irgendwelchen großen Investorenlösungen. Dazu gehören auch ein zeitgemäßes Informationssystem für die Kunden und ein Bürgerticket für ganz NRW (die kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs)

Die schon lange geplante Schleifenlösung als umfassende Planung für die Innenstadt ohne Durchgangsverkehr muss aktualisieren und umgesetzt werden. (Schleifenlösung bedeutet: dass man vom Innenstadtring Becke-/Bethuenestraße aus von drei Stellen aus in die Innenstadt mit dem Auto hinein- und wieder hinaus fahren kann, aber nicht durch sie hindurch, um störenden Durchgangsverkehr zu verhindern, um mehr Platz für Fußgänger zu schaffen)

- Die Parkgebühren müssen wieder eingeführt werden – das Wahlgeschenk des Bürgermeisters muss zurückgenommen werden.
- Wir fordern Tempo 30 im gesamten Innenstadtbereich!
- Die Hörder Straße muss Stadt-Straße bleiben, d.h. im Wesentlichen zweispurig, am besten mit kombiniertem Bus-Rad-Streifen.
- Die Autobahnanschlussstelle muss einen Stadttor-Charakter erhalten, dass der Durchgangsverkehr bevorzugt über die Autobahn abfließt. Der Ausbau der B 236 muss auch den Bedarf der nichtmotorisierten Verkehrsteilnehmer beachten und für sie Verbesserungen gegenüber dem jetzigen Zustand bewirken.
- Wir fordern weiterhin eine zusätzliche Autobahnauffahrt Lichtendorf/Holzwickede
Die Feinstaubbelastung an der B 236 muss geprüft werden!
- Ein neuer Anlauf für Carsharing –Angebote soll in Schwerte gemacht werden. Hier sollen bevorzugte Stellplätze am Bahnhof geschaffen werden.
- Jegliche Veränderungen müssen den Aspekt „barrierefreiheit“ berücksichtigen

Natur- und Verbraucherschutz

Wir Grünen fordern:

- die Überarbeitung und Fortschreibung bestehender Einzelkonzepte (wie z.B. das CO2-Konzept)
- die Vermarktung von regional erzeugten Lebensmitteln und ökologischen Landbau stärken. Ein Anstoß kann durch die Umsetzung bei den 16 ha stadteigener Landwirtschaftsflächen erfolgen.
- Schwerte muss gentechnikfreie Zone bleiben!
- die Baumschutzsatzung muss wieder Bäume schützen, wir werden uns für die konsequente Umsetzung einsetzen.
- Ausgleichsmaßnahmen müssen örtlich und umgehend durchgeführt werden – wir fordern einen halbjährlichen Bericht im Planungs- und Umweltausschuss.
- Ökologische Aufwertung des Mühlenstrangs durch naturnahen Umbau der Uferzonen im Innenstadtbereich
- Sanierung und ökologische Aufwertung des Grüntaler Teiches

Haushalt

Es hat sich herumgesprochen, dass die Finanzlage der Stadt Schwerte schlecht ist.

Man kann Gründe genug dafür aufzählen. Vieles ist hausgemacht. Die Fehlentscheidung aus dem Jahre 1992 (v. a. von der SPD getragen), ein Freizeit-Allwetter-Bad in Schwerte zu bauen, hat schätzungsweise die Hälfte der städtischen Schulden erzeugt. Die Grünen haben von Anfang an dagegen protestiert, des öfteren den Verkauf an einen privaten Investor gefordert – zu Zeiten, als dergleichen noch vorstellbar gewesen wäre. Mittlerweile bleibt nur noch die ersatzlose Schließung, die kürzlich beschlossen wurde, weil sie aus finanziellen Gründen unausweichlich geworden ist.

Es bleibt aber festzuhalten, dass die Finanzausstattung der Kommunen grundsätzlich zu schwach ist. Bund und Land erzeugen laufend neue Lasten, ohne den Kommunen die entsprechenden Mittel zu geben. (Als Beispiele seien hier nur genannt die Finanzierung der Kindergärten und die des Wohngelds für Hartz IV Empfänger, das vor kurzem auf die Kommunen übergegangen ist). Die gegenwärtige Finanzkrise tut ein Übriges. Schon jetzt zeigt sich, dass die Stadt 2009 mindestens 10 Mio. weniger einnehmen wird.

Zweifellos haben die Städte in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts aus dem Vollen geschöpft

und manches Überflüssige finanziert. Heute aber ist nach 10 Jahren Sparbemühungen nicht mehr so viel zu finden, wo man sparen kann, wenn die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht drastisch eingeschränkt werden sollen. Solche Einschränkungen können sich aber nur die Wohlhabenden leisten, gerade für die Ärmern und auch für die Kinder und Jugendlichen sind Leistungen aus dem städtischen Haushalt außerordentlich wichtig (z. B. für Kindergärten, Schulen, Jugendkulturarbeit, Busverkehr).

Die Grünen sind daher nicht der Meinung, dass ein schuldenfreier Haushalt das höchste politische Ziel einer Kommune sein darf. Es ist nur eine Halbwahrheit, dass Schulden die Kinder belasten. Viel mehr werden sie belastet, wenn an der Bildung gespart wird!

Die von der Bundesregierung beschlossene „Schuldenbremse“ wird sich in Zukunft noch verheerend auswirken.

Warum haben die Grünen dennoch dem Sparpaket „Rödl“ zugestimmt? Weil daran die Genehmigung des Haushalts hing. Die Kommunen müssen ihren Haushalt vom Kreis genehmigen lassen. Wird die Genehmigung nicht erteilt, dürfen keine sog. „freiwilligen“ Leistungen mehr erbracht werden (das sind die meisten Ausgaben für Jugend, Soziales, Sport und Kultur). Folglich hätten die Menschen in Schwerte mit einem nicht genehmigten Haushalt schon 2008 und 2009 viel schlechter dagestanden, als sie es jetzt tun. Auf längere Frist hätte ein Sparkommissar eingesetzt werden können, der die Rödl-Maßnahmen ohne Einschränkungen durchgewunken hätte, während jetzt nach und nach vom Rat einiges wieder abgemildert werden konnte (z. B. im Bereich Soziales auf Initiative der Grünen hin.)

Grüne Grundregel für die Haushalte ist: Sparen ist kein Selbstzweck. Es muss gerade so viel gespart werden, dass der Haushalt genehmigt werden kann. Diese Grenzen müssen jeweils wieder neu ausgelotet werden.

Klar muss sein:

ein weiteres Verschleudern städtischen Eigentums kann nicht in Frage kommen. Kinder und Jugendliche sind die Zukunft der Stadt. An ihnen zu sparen heißt die Zukunft zu missachten. Auch die soziale und kulturelle Grundversorgung muss gewährleistet bleiben. Es sind aber durchaus noch weitere Sparmöglichkeiten vorhanden, wenn man mit den städtischen Töchtern (z. B. Stadtwerke) noch zielführender zusammenarbeitet und eine gründliche Aufgabenkritik vornimmt.

Klar ist eines:

große Bauprojekte kann die Stadt in Zukunft nicht mehr finanzieren. Niemand im Rat kann sich mehr Denkmäler setzen. Politik muss sich zukünftig hauptsächlich darauf richten, den sozialen Ausgleich in unserer Stadt – zwischen Arm und Reich, zwischen Jung und Alt – zu organisieren. Auch das geht nicht ohne Geld, aber vor allem ist dafür Phantasie und Mut zu Visionen erforderlich.

Wirtschaft

Geld ist für die Menschen da - die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärken!

Mittlere und kleine Betriebe fördern

Die Wirtschaftsförderung in Schwerte und im Kreis Unna muss sich in ihren Arbeitsfeldern neu definieren: Reines Flächenmanagement zugunsten von Großfirmenansiedelung hat ausgedient. Die zahlen hier keinen Cent Steuern und schaffen nur sehr wenige Arbeitsplätze.

Statt dessen: Die Bürger/innen und die Kommune fördern systematisch die mittelständischen Unternehmen vor Ort und in der unmittelbaren Region — sie bekommen bevorzugt alle Aufträge . Das rentiert sich, denn diese Unternehmen zahlen hier ihre Steuern und schaffen hier vor Ort ihre Arbeitsplätze. Dies gilt besonders für Handwerk und Dienstleistungen. So fließt das Geld von den Bürger/innen in die Unternehmen, in die

Kommune, zu den Bürger/innen.

Wir benötigen vor Ort einen Runden Tisch für Kleinunternehmer/innen. Dort wird deutlich, wo es Defizite und Probleme gibt, wie man sich gegenseitig unterstützen kann, wo man Informationen bekommt — zugunsten des eigenen Kleinunternehmens und zugunsten der Stadt. Hier bei der Bestandspflege muss die neue Unternehmensförderung ansetzen, bis hin zur Kreditvermittlung über die Mikrofinanzgenossenschaft, falls es aufgrund der weltweiten Finanzkrise in kleineren Betrieben schwierig wird. Die Beratung und Begleitung von Unternehmensgründer/innen ist die zweite wichtige Aufgabe kommunaler Unternehmensförderung, die intensiviert werden muss.

Packen wir's an: die kleinen und mittelständischen Unternehmen haben die Finanzkrise nicht verursacht, und sie stellen die meisten Arbeitsplätze. Helfen wir ihnen zum Wohle unserer Stadt.

Mikrofinanzgenossenschaft

Wir brauchen vor Ort als Herz der Wirtschaftsförderung eine Mikrofinanzgenossenschaft, in der die ortsansässigen kleinen und mittelständischen Unternehmen Mitglieder werden können. Die akkumulierten Rücklagen erlauben der Genossenschaft die Vermittlung von Kleinkrediten, die kleinere Unternehmen seit Basel II nicht einmal in Notfällen direkt von den Banken bekommen können. Das stärkt Unternehmen vor Ort, wenn sie in Not sind, das erhält Arbeitsplätze.

Sparkasse zum Wohle der Stadt

Sparkassen geben zinsvergünstigte Kredite an Bürger/innen unserer Stadt, wenn sie nachweislich regionale Unternehmen mit Arbeiten beauftragen — vom Maler bis zum Installateur. Noch zinsgünstiger wird der Kredit, wenn die Bürger/innen mit heimischen Unternehmern in die energietechnische Sanierung ihrer Eigenheime oder Wohnungen investieren.

Nickelproblematik

In letzter Zeit wurden immer wieder Fragen zur Nickelproblematik in Schwerte an uns gestellt. Jan Horstmeier hat sich dieser Fragen angenommen.

[Den Download "Fragen zur Nickelproblematik in Schwerte" findet ihr hier. \(.pdf 50k\)](#)

Nickelstaub und andere Schadstoffe

Informationen zu Schadstoffausstoß und Belastungen in Schwerte

Auf den folgenden Internetseiten sind Informationen zum Schadstoffausstoß einiger Schwerter Industriebetriebe sowie zur Nickelstaubbelastung in Schwerte-Holzen erhältlich.

Messergebnisse zum Staubbiederschlag und zur Luftqualität vom Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz NRW

Auf seiner Internetseite veröffentlicht das Landesamt die Ergebnisse von Staubbiederschlagsmessungen als Jahresmittelwert. Mit diesen Messungen werden vor allem gröbere Stäube erfasst, die nicht eingeatmet werden. Auch in Schwerte werden, vor allem im Umfeld der Deutschen Nickel GmbH, seit einigen Jahren solche Messungen durchgeführt.

<http://www.lanuv.nrw.de/luft/immissionen/staub/messergeb.htm>

Navigation

Die Ergebnisse für Schwerte erhalten Sie, wenn Sie im Kapitel „Tabellen“ – das oberste auf der Seite – aus dem Pop-Down-Menü das gewünschte Jahr auswählen (gemessen wird in Schwerte seit 2004). Sie erhalten

dann eine Excel-Tabelle zum Öffnen oder Speichern. Die Stationen in Schwerte sind SCHW 001 bis SCHW 006 benannt, die kritischen Werte in Rot unterlegt. Mit der Veröffentlichung von Werten für das laufende Jahr ist erst Anfang 2009 zu rechnen.

Ebenfalls finden sich auf den Seiten des LANUV die aktuellen Werte für die Luftqualität. In Schwerte gibt es eine Messstation, bislang an der Konrad - Zuse - Straße, künftig an der Kreuzung am Bohlgarten.

<http://www.lanuv.nrw.de/luft/temes/heut/SHW2.htm#jetzt>

Navigation

Unter der angegebenen Seite finden Sie bereits die Ergebnisse der Schwerter Messstation.

Die Werte sind sehr aktuell, gemessen werden die Gehalte an Ozon, Stickoxiden, Schwefeldioxid und Feinstaub.

Emissionsdaten aus der Emissionserklärung 2004

Für bestimmte Industrieanlagen muss in regelmäßigen Abständen eine Erklärung zu den von ihnen ausgehenden Emissionen in die Luft abgegeben werden. Erfasst werden bestimmte Schadstoffe, allerdings nur oberhalb von z.T. sehr hohen Schwellenwerten. Die Angaben zu diesen Emissionen werden als Jahresfrachten, d.h. gesamter Ausstoß durch die Anlage über das Erklärungsjahr veröffentlicht. Erklärungen mussten zuletzt für die Jahre 2004 und 2008 abgegeben werden, veröffentlicht sind auf einer weiteren Internetseite des Landesamtes für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz bislang die Daten für das Jahr 2004. Auch von einigen Schwerter Industriebetrieben sind hier Angaben einsehbar, u.a. Deutsche Nickel, Hoesch, Hundhausen und dem Stahlwerk Ergste.

http://www.gis.nrw.de/ims/ekatsmall2004/small/liste_bim_such.php?bimnr=03&gebiet=3&gkz=5978028&RB=&KR=&GEM=5978028&punkte=punkte

Navigation

Unter der angegebenen Seite finden Sie bereits die Ergebnisse der Betriebe aus dem Bereich Metalle und Stahl (auf die detaillierte Darstellung der Emissionen der einzelnen Betriebe bzw. Betriebsteile kommen Sie durch Anklicken der entsprechenden Anlage). Weitere Daten für Schwerter Betriebe finden Sie noch, wenn Sie im Pop-Down-Menü oben auf der Seite die Obergruppen 01Energie, 05Oberflächenbehandlung, 08Abfall, 09Lagerung und 10sonstiges auswählen.

In der Emissionserklärung sollen auch die sogenannten „diffusen“ Emissionen mit angegeben werden. „Diffuse Emissionen“ sind solche, die z.B. aus Hallentoren und –fenstern, Dachreitern usw. kommen, oder solche durch Transport- und Umlagerungsvorgänge. Diese Emissionen lassen sich kaum messen und werden daher von den Anlagenbetreibern mehr oder weniger grob geschätzt. Diese Angaben könne um ein Vielfaches von den tatsächlichen Emissionen abweichen.

Daten zu Emissionen, Abfällen und Abwasser aus dem PRTR-Bericht 2007

Infolge einer Regelung auf EU-Ebene werden seit 2007 für bestimmte Industrieanlagen Daten zur Schadstofffreisetzung in die Luft, zur Belastung der Abwässer und zu dem Ausstoß an Abfällen erhoben und im sogenannten Schadstofffreisetzungs- und Verbringungsregister veröffentlicht. In Englisch heißt diese Pollutant Release and Transfer Register, daher die Abkürzung PRTR für dieses Register. Ähnlich wie bei der Emissionserklärung werden die Daten aber nur oberhalb bestimmter Schwellenwerte als Jahresfrachten veröffentlicht – und mit den „diffusen“ Emissionen besteht leider das gleiche Problem wie in der Emissionserklärung. Veröffentlicht sind bislang die Daten für das Jahr 2007.

<http://www.prtr.bund.de>

Navigation

Klicken Sie den Reiter „Suche“ oben auf der Seite an und geben Sie in dem anschließenden Suchformular im Feld Standort – Ort „Schwerte“ ein. Anschließend auf den Button „Absenden“ unten auf der Seite klicken. Anschließend werden Ihnen die Berichte von Hoesch, Hundhausen und dem Stahlwerk Ergste angeboten. Das „Datenblatt“ des Berichts erhalten Sie, wenn Sie auf den Button mit der Lupe hinter dem entsprechenden Betrieb klicken.

Angesichts der z.T. sehr hoch angesetzte Schwellenwerte enthalten diese vorliegenden Berichte nur Angaben zu den erzeugte Abfällen, sonst leider nichts.

„Atomkraftwerke nicht schooon wieder“ – wir essen sie einfach auf!



Letzter Stand von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Schwerte
in der Fußgängerzone vor der Europawahl

Beim letzten Stand (vor der Europawahl, am heutigen Samstag fordern die Schwerter Grünen die SchwerterInnen auf, alle Atomkraftwerke aus Europa verschwinden zu lassen.

Unter dem Motto: „Die Atomkraftwerke müssen von der Erdoberfläche verschwinden, also essen auch Sie eines“ werben die Grünen für den Ausstieg

aus der Atomkraft.

Hierfür haben die Grünen 200 kleine AKW-Kekse gebastelt (bestehend aus Butterkeks für die Plattform, Schokokuss für den Reaktor und eine stehende Waffel für den Kühlturm). Diese können symbolisch von einer großen Europakarte (wo alle schon bestehenden und geplanten AKW's verzeichnet sind) verspeist werden und so dem Verdauungstrakt der Geschichte zugeführt werden.

Noch immer gibt es die Mähr vom „Sauberen“ Atomstrom.

Für die Grünen hat Atomenergie keine Zukunft:

Uran ist endlich

Atom Müll bleibt für 1 Mio. Jahre giftig

Unfallfolgen sind untragbar

Sichere AKW gibt es nicht

Atomstrom ist zu teuer

neue AKW retten das Klima nicht

es gibt zukunftsfähige Alternativen

Die Mehrheit der Bevölkerung ist gegen Atomkraft, das ist auch in Schwerte deutlich zu spüren. Viele, die das Reaktorunglück vor 23 Jahren in Tschernobyl erlebt haben, sind sensibilisiert.

Immer noch gibt es Einschränkungen bei Produktion und Verzehr von Lebensmitteln, die nach 23! Jahren von Tschernobyl belastet sind (Großbritannien – Einschränkung für 374 Bauernhöfe auf 750 km² und 200.00 Schafe, Schweden und Finnland sind Vieherden, einschließlich Rentiere betroffen, in Deutschland erreicht der Cäsiumwert mehr als das Zehnfache des EU-Grenzwertes beim Muskelfleisch von Wildschweinen, Waldpilze und -Beeren sollte man immer noch nicht essen)

OV-Sprecherin Monika Rosenthal: „Es ist wichtig, dass wir gerade bei Atomkraft auf die Straße gehen und mit den Menschen diskutieren.

Um eine lockeren Einstieg in ein Gespräch mit Schwerter BürgerInnen zu finden, haben wir die Idee mit den essbaren AKW's gewählt.

Denn auch die AKWs in Deutschland sind nicht sicher. Das Risiko eines Super-Gaus besteht immer noch. Deswegen halten wir die aktuelle Diskussion über verlängerte Laufzeiten für fahrlässig und gefährlich. Die breite Mehrheit der Bevölkerung ist dabei auf unserer Seite. Alternativen zur gefährlichen Atomkraft gibt es schon lange: Die Erneuerbaren Energien sind auf dem Vormarsch!“

Monika Rosenthal

Es geht um Solidarität

Die Forderungen der Erzieherinnen sind absolut gerechtfertigt. Sie streiken für ihre Gesunderhaltung und damit für die Kinder und nicht auf deren Kosten.

Nur mit ausreichend Personal und gesunden Arbeitsbedingungen ist eine optimale Arbeit möglich, die das beinhaltet, was Erzieherinnen wollen und Eltern für ihre Kinder fordern: Bildung und Betreuung.

Für die Eltern wird es eng: sie müssen nach alternativen Betreuungsmöglichkeiten suchen. Der Streik dauert an und sie gehen verständlicherweise auf die Barrikaden.

Eltern und Erzieherinnen wollen im Grunde das gleiche: Gute Bedingungen zum Wohle der Kinder.

Somit ist Solidarität gefragt, Eltern und ErzieherInnen müssen sich zusammentun.

Gefragt ist auch die Stadtverwaltung, insbesondere der Bürgermeister.

Gesunderhaltung im Betrieb ist Führungsaufgabe, Gesunderhaltung der MitarbeiterInnen obliegt der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers.

Eine klare Positionierung gegenüber dem kommunalen Arbeitgeberverband ist erforderlich.

Es geht um eine Anerkennung der erschwerten Arbeitsbedingungen und um ein klares Votum für seine Mitarbeiterinnen.

Monika Demant

Bürgermeisterkandidatin Bd. 90/Die Grünen

www.monika-demant.de

OFFENER BRIEF an H. Böckelühr von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - Schwerte

Schwerte, den 27. April 2009

Sehr geehrter Herr Böckelühr,

wir die Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN fordern Sie auf, bei den zuständigen Stellen (Kreis und Bezirksregierung Arnsberg) einen Aktionsplan zur Luftreinhaltung in Schwerte aufzustellen.

Bereits in zahlreichen Städten des Ruhrgebiets wurden Aktions- und Luftreinhaltepläne zur Verringerung der Feinstaub- und/oder Stickstoffdioxidbelastung aufgestellt.

Mit einem solchen Aktionsplan zur Luftreinhaltung möchten wir die Beurteilung und die Kontrolle der Luftqualität, die Verringerung (hier insbesondere die Reduzierung von Nickelstäuben) und Vermeidung schädlicher Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt insgesamt erreichen.

Alle kurzfristig ergreifbaren Maßnahmen, die geeignet sind die Gefahren der Überschreitung der Grenzwerte zu verringern, müssen in Schwerte so schnell als möglich zur Anwendung kommen.

Die Wirksamkeit eines solchen Aktionsplanes muss fortlaufen überprüft und bei Bedarf angepasst werden und es sollte dringend über die Einrichtung einer Alarmschwelle nachgedacht werden, um bei Überschreitung von Grenzwerten, gezielte kurzfristige Maßnahmen ergreifen zu können.

Die Öffentlichkeit muss bei der Erstellung eines solchen Aktionsplanes beteiligt werden und er muss für die Öffentlichkeit zugänglich sein (z. B. über die örtliche Presse, öffentliche Bekanntmachung im Schwerter Amtsblatt und Information die Schwerter Internetseite)

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

i. A. Monika Rosenthal

Presseartikel der WR

"Wer bezahlt die Krise?"

Schwerte. Die Ruhrstadt war ihr schon während der Kindheit ein Begriff. „In unserem Haus lebten Leute, die aus Schwerte stammten“, sagte am Mittwoch Daniela Schneckenburger.

Die Landeschefin der Bündnisgrünen, in der Nähe von Karlsruhe aufgewachsen, war gestern in Schwerte zu Gast, um sich einerseits den Bürgern dieser Stadt vorzustellen und um andererseits auf drängende Fragen zu antworten. Eigentlich wollten die Grünen mit ihrem Stand an der Pannekaukenfrau ihrer Forderung nach einem Mindestlohn Nachdruck verleihen, doch wie Schneckenburger berichtete, beherrschten die Folgen der Finanzkrise die meisten Gespräche, die sie mit Passanten führte. Die Menschen brachten ihre Sorgen um den Arbeitsplatz zum Ausdruck, berichtete die Politikerin. Die Leute beschäftigte die Frage, wer denn eigentlich für die finanziellen Auswirkungen aufkomme. „Wer bezahlt die Krise?“ Dieses Thema habe stets im Vordergrund gestanden, so Schneckenburger.

Weit entfernt

Beileibe seien nicht nur Fragen zu Europa angesprochen worden, berichtete sie. In einem Jahr, in dem drei Wahlen direkt aufeinander folgen, könne man die Themengebiete so scharf gar nicht trennen.

Folglich stand auch Monika Demant, Bürgermeisterkandidatin der Grünen, mit am Stand, wobei sie eigentlich ständig unterwegs war. Sie servierte den Gästen kühle Erfrischungen und natürlich passend entweder naturtrüben Apfelsaft oder Mineralwasser. Es sollte mit der Aktion aber weniger der Blick auf die gesundheitsfördernde Getränke gelenkt werden als vielmehr auf die Löhne, die in der Gastronomie gezahlt werden. Da gilt eben kein Mindestlohn, wie ihn die Grünen verlangen, sagt die Schwerter Grünen-Chefin Monika Rosenthal. 7,50 Euro sollte er betragen. „Davon sind aber nicht nur manche Gaststätten weit entfernt, sondern auch Betriebe anderer Branchen“, sagte Rosenthal. Das habe sie aus zahlreichen Gesprächen herausgehört, die sie mit Besuchern des Standes geführt habe.

27.05.2009, Theo Körner, WR

Pressemitteilung zum Nickelwerk

„Jetzt wo wir wissen - müssen wir handeln!“

Grüne fordern: Verantwortung klären – Sauberkeit planen – Aufklärung verstärken

Verantwortungslos ist es, zu viel Schadstoffe in die Luft zu blasen, ohne davon die betroffene Öffentlichkeit zu informieren. Ob es auch ungesetzlich ist, das ist die andere Frage. Kritische Messwerte waren seit Jahren veröffentlicht, nur fehlt es an einer verpflichtenden, automatischen Beteiligung aller zuständigen Stellen. So kann es eben sein, dass eine Hand nicht weiß, was die andere tut. Und eine Verpflichtung zur Öffentlichkeit kennt unser Umweltrecht nur in seltenen Fällen. Dort, in der Bundesgesetzgebung, liegen die Lücken, die es möglich machen, dass jahrelang kaum einer von den Nickelwerten in Schwerte erfahren hat.

Natürlich bleibt es verantwortungslos, zu wissen, was an Nickel in der Luft liegt, und niemandem etwas zu sagen. Dass es mit dem sozialen und ökologischen Verantwortungsgefühl der Nickelwerke seit ca. 20 Jahren nicht mehr so weit her ist, weiß jeder. Nun drängt sich ein neuer Verdacht auf: lag die plötzliche Aufkündigung des Grabelands am Nickelwerk vor (3?) Jahren vielleicht daran, dass man Angst hatte, dass dort die „Nickelbombe“ hochgeht? Es wurde damals viel geredet davon, was auf die Fläche für neue Bauwerke

entstehen sollten; nichts ist passiert. Also war es offenbar nicht der Wunsch nach neuer Nutzung, der zur Aufkündigung führte, sondern vielleicht das Wissen, dass dort im Boden so viel Nickel liegen könnte, dass Gärtnern dort gesundheitsgefährdend ist. Es wäre interessant zu wissen, ob einer der Gärtner mal eine Bodenprobe eingesandt hat und was dabei herausgekommen ist.

Sauberkeit muss so schnell wie möglich her. Ob die extremen Nickeleinträge allein aus den (offenbar zu schlecht) gefilterten Abluftkanälen der Nickelwerke und der Schleiferei stammen, muss bezweifelt werden. Es ist nötig, nach sog. „diffusen“, also unscharfen Nickelquellen (Hallenöffnungen u. ä.) zu suchen und die Nickelemissionen auch dort deutlich zu senken. Die Grünen fordern den Bürgermeister auf, bei den zuständigen Stellen (Kreis und Bezirksregierung Arnberg) auf einen Aktionsplan Luftreinhaltung zu drängen. Die Herkunft der Nickeleinträge muss umfassend untersucht werden. Da Nickel grundsätzlich bei allen Eisen- und Stahlverarbeitungen anfallen kann, werden die Grünen nach dem Umweltinformationsgesetz bei der BR Arnberg die entsprechenden Messwerte der vergangenen 10 Jahre nicht nur der Nickelwerke, sondern auch von Hoesch, Hundhausen und Stahlwerk Ergste anfordern und anschließend veröffentlichen.

Aufklärung muss gestärkt werden. Die Schwerterinnen und Schwerter haben ein Anrecht darauf zu wissen, wo Nickel für sie Gesundheitsgefahren birgt und wie sie sich schützen können. Der Hinweis, es handle sich bei den Messungen „nur“ um Bodenwerte und nicht um Luftwerte, reicht nicht. Was im Boden ist, war schließlich vorher in der Luft. Eine Bürgeranhörung, wie von uns und jetzt auch von der SPD gefordert, tut not. Eine Sondersitzung des PUA ist demgegenüber zweitrangig. Die Anhörung sollte von der Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Kreis geplant werden, da das die beste Gewähr bietet, dass entsprechende Fachleute eingeladen werden können.

Der Beschluss zum Rödel - Papier

Nein, der Beschluss zum Rödel - Papier war kein Fehler, sondern die Voraussetzung dafür, dass sich Schwerte weiter entwickeln kann. Denn ohne diesen Beschluss hätten wir keinen genehmigten Haushalt, fremde Behörden hätten die Regie übernommen, Zuschüsse für Sport, Soziales, Kultur hätten schon 2008 und 2009 nicht mehr gezahlt werden können. – Da wir aber nach dem Rödl - Beschluss die Haushaltsgenehmigung erhalten haben, können wir nun selbstständig über die Schwerter Angelegenheiten entscheiden und dabei – selbstverständlich – auch die Rödl - Beschlüsse modifizieren.

Museum: Außer Frage steht, dass das Gebäude „Altes Rathaus“ mit der Halle als Anlaufpunkt für Tourismus und für Einzelveranstaltungen erhalten bleibt. Aber wie steht es mit der dauerhaften Öffnung der Sammlung in den fünf Räumen des Obergeschosses? Wenn man die Sammlung privat verwalten ließe und nur auf Anforderung zugänglich machte, könnte man 100.000 € sparen.

Heute schon aber fehlt dem KuWeBe, dem Kulturbetrieb der Stadt, Geld – z. B. um vernünftig das Welttheater ausrichten zu können.

Liegt es da nicht nahe zu sagen: die Sammlung bleibt Interessierten vorbehalten, aber mit dem eingesparten Geld kann das Welttheater – dieses Stadtfest, das die Generationen und Gruppen der Stadt verbindet und begeistert - auf sichere Beine gestellt werden?

Mit einem solchen Beschluss wäre Rödl schöpferisch verändert worden, und genau das liegt in der Logik der alten grundsätzlichen Zustimmung zu „Rödl“, wie die Grünen sie immer verstanden haben.

Dr. Gernot Folkers, Fraktionssprecher

Notiz zum Schulausschuss - Grüne holen Kuh vom Eis

Nachdem die Pläne des SV Geisecke gescheitert waren, am bestehenden Gelände einen neuen Kunstrasenplatz zu bauen, hat der Verein den Schulausschuss gebeten, die Machbarkeit einer anderen

Lösung - z. B. etwas weiter außerhalb auf Geisecke Gelände - zu prüfen. Die CDU hatte Bauchschmerzen, weil in ihren Köpfen der hochtrabende Ausdruck "Machbarkeitsstudie" und Ausgaben dafür von 9000 € spukte.

Sie wollte das Ganze vertagen. Der grüne Vorschlag war dann, die Sache praxisnäher zu gestalten und zu beschließen: "Die Verwaltung wird beauftragt, den SV Geisecke bei der Suche nach Alternativstandorten für einen möglichen Kunstrasenplatz zu unterstützen und den Verein bei der Erstellung eines seriösen Finanzierungskonzeptes zu beraten."

Dieser Vorschlag wurde einstimmig beschlossen. Damit ist klar, dass der SV Geisecke weiterhin hoffen darf, den dringend benötigten neuen Platz zu bekommen.

Grüße Gernot Folkers

An den Bürgermeister der Stadt Schwerte Herrn Heinrich Böckelühr

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN für die nächste Ratssitzung

Antrag

Die Stadt Schwerte klagt gegen das Land NRW auf Kostenerstattung für die Kosten der Kommunalwahl am 30.08.2009.

Begründung

Nach dem Konnexitätsprinzip sollte das Land für Kosten bürgen, die sie den Kommunen auflädt. Nun ist die Kommunalwahl als solche natürlich selbstverständliche Pflicht. Anders sieht es mit dem Termin aus. In der Tradition vergangener Wahlen wäre eine Zusammenlegung mit der Bundestagswahl am 27.09.2009 naheliegend gewesen.

Satt dessen hat die Landesregierung die Zusammenlegung mit der Europawahl am 7.06.2009 angestrebt und dies u. a. mit dem Kostenvorteil zusammengelegter Wahlen begründet. Da ein Wahltermin viereinhalb Monate vor Ende der Ratsperiode verfassungsrechtlich nicht haltbar war, musste ein neuer Termin her. Spätestens jetzt wäre die Zusammenlegung mit der Bundestagswahl erforderlich gewesen. Da sich die Landesregierung offensichtlich aus wahltaktischen Gründen für einen Sondertermin entschieden hat, sollte sie wenigstens die Kosten tragen. Immerhin machen diese für Schwerte ca. 25.000 € aus. Um erheblich kleinere Beträge – z. B. Feuerwehr Wandhofen – streitet man sich in Schwerte aus guten Gründen hingebungsvoll. Da kann dieser Betrag nicht einfach abgeschrieben werden.

Dr. Gernot Folkers
Fraktionssprecher
i. V. Monika Rosenthal
Fraktionsgeschäftsführerin
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

An den Bürgermeister der Stadt Schwerte Herrn Heinrich Böckelühr

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN für die nächste Ratssitzung

Antrag

Der Rat behält sich vor, über die Ausgabe von einem Drittel der Summe, die die Stadt vom Land für die Durchführung der Local-Heroes-Woche im Rahmen der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 erhält, in eigener Regie zu entscheiden. Dafür schreibt sie ein Projekt aus.

Begründung

Seit einem halben Jahr steht die Summe von knapp 100.000 € im Raum. Aus dem KuWeBe hört man wenig und Widersprüchliches zur Verausgabung. Es ist zu befürchten, dass im Streit von Einzelinteressen die Außendarstellung der Stadt in Mitleidenschaft gerät. Für die Local Heroes Woche ist es aber erforderlich, dass sie sich mit einer klaren Ansage präsentiert. Dies sollte ein Projekt sein, bei dem möglichst viele unterschiedliche lokale Akteure aus dem künstlerischen Bereich mitwirken können (aus verschiedenen Bereichen, Schauspiel, Musik, bildende Kunst Lichtkunst usw.). Außerdem sollte das Projekt zur Aktivierung der hier lebenden Bürgerinnen und Bürgern beitragen (im Sinne einer „Kultur von unten“). Das Projekt sollte also die hiesigen Bestände kultureller Tätigkeiten aktivieren und unter Mithilfe von Bürgerinnen und Bürgern integrieren. Einen überregional funktionierenden „Leuchtturm“ von Kunst mit bekannten Namen kann Schwerte ohnehin nicht setzen.

Dr. Gernot Folkers
Fraktionssprecher
i. V. Monika Rosenthal
Fraktionsgeschäftsführerin
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Presseerklärung zum Museum

Wahlkampf darf man machen – aber lügen sollte man nicht, wie jetzt wieder SPD und WfS. Wer das Rödl-Papier beschlossen hat, ist Schuld an allem, das ist ihre schlichte Lüge. Dabei gäbe es ohne diesen Beschluss gar keinen genehmigten Haushalt und längst würde ein Sparkommissar von außerhalb über die Geschicke Schwertes richten, natürlich ohne jede Rücksicht. Statt dessen diskutiert der Rat Stück für Stück aus dem Rödl-Papier und immer wieder werden dabei auch Maßnahmen abgeschwächt.

Nun zum Museum. Richtig ist, dass Kultur und Weiterbildung in Schwerte erheblich gefährdet würden, wenn dem KuWeBe 200 000 € jährlich von den Zuschüssen abgezogen würden, wie Rödl in puncto Museum vorschlägt. Solange der Rat das Heft in der Hand behält, wird das auch nicht passieren. Damit ist aber die Diskussion nicht beendet, denn dem KuWeBe fehlen auch so schon Mittel, z. B. für das Welttheater. Da eine Erhöhung des städtischen Zuschusses ziemlich unwahrscheinlich ist, muss es zu Umschichtungen kommen.

Dabei muss getrennt werden zwischen dem Gebäude Altes Rathaus und dem eigentlichen Museum, den Räumen im Obergeschoss. Das Erdgeschoss des Alten Rathauses muss weiterhin öffentlich benutzt werden können, z. B. für Veranstaltungen und als Anlaufstelle für den Tourismus.

Für die Museums-Räume im Obergeschoss brauchen wir eine neue Betriebsart. Weder brauchen wir für die gegenwärtige Sammlung hauptamtliches Personal noch tägliche Öffnungszeiten. Es reicht, wenn sie auf Anforderung geöffnet wird, wie das bei vielen Heimatmuseen der Fall ist. Die Brandschutzarbeiten für das Erdgeschoss müssen also in Angriff genommen werden, die für das Obergeschoss nur in dem Maße, wie es für privat genutzte Gebäude erforderlich ist. Mit der neuen Betriebsart ließen sich ca. 100 000 € einsparen, sie müssen im Etat des KuWeBe bleiben, damit dort wieder Luft zum Atmen ist.

Wir Grüne haben nichts gegen die Sammlung und finden auch, dass sie ruhig am alten Platz bleiben kann. Aber die entscheidende Frage ist doch: ist den Schwerterinnen und Schwertern die dauerhafte Öffnung der Sammlung im Oberstübchen wichtiger als das Welttheater? Wir sind sicher, die Antwort ist eindeutig.

Dr. Gernot Folkers
Sprecher Grüne Fraktion Schwerte

Das Jahr 2009 ist ein Jahr der Entscheidungen: In 14 Wahlen werden die Menschen in Deutschland darüber abstimmen, wohin die Reise geht.

Wir GRÜNEN stehen bereit für einen Neuanfang. Wir wollen die globale Krise als Chance für einen Umbau unserer Wirtschaft nutzen. Wir wollen dafür sorgen, dass trotz aller ökonomischen Probleme der Klimawandel nicht länger ignoriert wird. Wir kämpfen dafür, dass unsere Kinder eine lebenswerte Welt von uns erben. Um diese Ziele zu erreichen, müssen wir unsere Stimme erheben und aktiv werden.

Ab sofort gibt es für Dein Engagement und Deine Ideen einen zentralen Anlaufpunkt:

Unsere Mitmachplattform für den Wahlkampf "Meine Kampagne".



Was ist Meine Kampagne

Mit "Meine Kampagne" stellen wir Dir eine Plattform zur Verfügung Deine politischen Ziele gemeinsam mit uns zu verfolgen. Auf "Meine Kampagne" laden wir Dich gezielt zu Aktionen ein, die Deinen Interessen entsprechen und bitten Dich hin und wieder uns auf der Straße oder im Internet zu unterstützen.

Das alles aber nur, wenn Du es auch willst. Deswegen werden wir Dich auf „Meine Kampagne“ hin und wieder nach weiteren Informationen fragen, z.B. ob Du Lust hast, beim Plakatieren zu helfen, Veranstaltungen zu unterstützen, KandidatInnen zu begleiten oder ob Du ein Facebook-Profil oder einen Twitter-Account hast und uns damit unterstützen möchtest.

Aktuell: Keine Schusswaffen in Privathaushalten!

Keine Schusswaffen in Privathaushalten! Wir rufen alle Unterstützerinnen und Unterstützer dazu auf, aktiv zu werden und von Innenminister Schäuble eine grundlegende Änderung des Waffenrechts zu fordern. Welche Forderungen wir haben und wie Du Dich an der Aktion beteiligen kannst erfährst Du auf "Meine Kampagne".

Datenschutzstandards auf Meine Kampagne

Vielleicht fragst Du Dich, ob "Meine Kampagne" und die Prinzipien des Datenschutzes nicht selbst kollidieren. Ganz im Gegenteil: Mit "Meine Kampagne" zeigen wir, wie eine Unterstützer- und Mitmachplattform unter Berücksichtigung höchster Datenschutzstandards realisiert werden kann.

Denn Datenschutz heißt nicht, dass niemand mehr Daten erheben darf -- sondern dass Du jederzeit darüber bestimmen kannst, was mit Deinen Daten passiert.

Wenn Du Dich bei "Meine Kampagne" anmeldest, kannst Du jederzeit einsehen, welche Deiner Daten wir gespeichert haben. Und Du kannst einzelne Datensätze oder Dein komplettes Konto löschen - wann immer Du willst.

Dass wir Deine Daten nicht an Dritte weitergeben und sie nur für die Zwecke von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verwenden, versteht sich von selbst.

Alles weitere erfährst Du in unseren Datenschutzbestimmungen.

"Meine Kampagne" - die Plattform für alle, die sich aktiv im Wahlkampf engagieren wollen!

Registriere Dich jetzt unter <http://meinekampagne.gruene.de/>

Wir freuen uns auf Dich!

Pressemitteilung

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit

„Frauen verdienen 100 Prozent“, erklärt Monika Demant, Bürgermeisterkandidatin von Bündnis 90/ Die

Grünen. Zum „Equal Pay Day/ Tag der Entgeltgleichheit“ am 20.3., fordern die Grünen, das Lohngefälle zwischen Frauen und Männern schnellstmöglich abzubauen.

Frauen verdienen 23% weniger als Männer. Damit nimmt Deutschland einen der letzten Plätze ein im Lohngefälle von Frauen und Männern.

Die Ursachen für die Lohndiskriminierung sind vielschichtig. Eine Ursache ist die hohe Teilzeitquote und dass viele Frauen in Branchen arbeiten, die zum Niedriglohnbereich gehören.

Neben der Änderung des allgemeinen Gleichstellungsgesetzes unter Einbeziehung der Privatwirtschaft ist ein Umdenken in der Gesellschaft erforderlich.

Durch einen Ausbau der Kinderbetreuung, durch eine Abkehr vom Alleinverdienermodell und durch eine höhere Wertschätzung typisch weiblicher Berufe sollte es für Frauen möglich werden, sich nicht nur durch ihre Berufstätigkeit sozial abzusichern, sondern auch in Führungspositionen zu gelangen.

Monika Demant, Bürgermeisterkandidatin Bündnis 90 / DIE GRÜNEN:

Ob die Linke in den Rat kommt - wir werden sehen. Ob sie die Politik des Rates verändert - eher nicht. Denn eins ist sicher: mit all den Themen, die die Linken erwähnen, sind die Grünen schon unterwegs.

- Seit die CDU die Privatisierung öffentlicher Dienste, ausgerechnet bei den Geringstverdienenden ansetzen will, den Reinigungsfrauen, haben wir erst jüngst das Abfindungsangebot, in Frage gestellt.
- Wir haben erfolgreich die Bemessungsgrenze angehoben, bis zur Beitragsfreiheit für den Kindergarten, damit Geringverdiener entlastet werden. Unser Ziel der allgemeinen Beitragsfreiheit werden wir auch weiterhin verfolgen.
- Wir haben eine ähnliche Regelung für die offene Ganztagsgrundschule angemahnt, der Schulentwicklungsplan wird in 2010 die Betreuung in der Offenen Ganztagschule berücksichtigen.
- Wir haben einen Sozialpass für Hartz-IV-Empfänger beantragt, damit sie ihr Anrecht auf Ermäßigung eingeräumt bekommen. Auf Kreisebene konnten wir das Sozialticket für den öffentlichen Verkehr erreichen.
- Wir haben, bevor es Bundesregelung wurde, einen städtischen Beitrag für Schulkinder deren Eltern mit Hartz IV leben müssen, beantragt. Das heißt: Kinder und sozial benachteiligte Menschen in dieser Gesellschaft haben in uns gute AnwältInnen.

Was das Sparen im städtischen Haushalt betrifft: ohne Sparbeschlüsse gäbe es einen Nothaushalt und nichts wäre mehr möglich. So haben wir immerhin wichtige Sozialprojekte wie Signal und die Spielstube am großen Feld retten können.

Kommunalpolitik zu machen ist nicht einfach. Es gilt, beharrlich Ziele zu verfolgen, das Ziel der Grünen ist ein soziales Schwerte.

Internetkampagne 42Millionen.de

Grüne in Schwerte beteiligen sich an grüner Protestplattform gegen Kommunalwahltermin 30. August

Die Grünen in Schwerte beteiligen sich an der Protestaktion, die der Landesverband der Grünen gegen den zusätzlichen Wahltermin für die Kommunalwahlen am 30. August aufgelegt hat. Es handelt sich um eine Netzkampagne, die in Anlehnung an die Annahme, dass dieser zusätzliche Termin die Kommunen 42 Millionen Euro kostet, unter

- <http://42millionen.de>

zu finden ist.

„42Millionen.de ist eine grüne Antwort auf das neue, durchsichtige Wahlmanöver der Landesregierung“,

erklärt Grünen-Sprecherin Monika Rosenthal. „Immer wieder hören wir von den Menschen auf der Straße, dass der zusätzliche Termin bei ihnen auf Unverständnis stößt. Dabei geht es nicht nur um die zusätzlichen Kosten, sondern auch darum, dass drei Wahltermine innerhalb von dreieinhalb Monaten geschaffen werden. Das schürt Politikverdrossenheit, schadet der Demokratie und schwächt letztlich durch eine voraussichtlich schwächere Wahlbeteiligung die Legitimation der neu gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger. Der einzig sinnvolle Wahltermin ist der 27. September, wenn auch der Bundestag gewählt wird.“

Auf dieser 42-Millionen-Seite, die mittlerweile mehrere hundert Mal pro Tag abgerufen wird, sammeln die Grünen u. a. Antworten auf die Frage: Wie könnten die 42 Mio. Euro in den Kommunen sinnvoller ausgegeben werden? „Die Antworten sind vielschichtig – auch für Rosenthal. Viele der bisher gemachten Vorschläge beziehen sich auf den Bildungsbereich: Von „Schulklos sanieren“ über „mehr Lehrer und Lehrerinnen einstellen“, „Kostenlose Kinderbetreuung“ bis hin zu „in Integrationsprojekte intensivieren“ reichen die Vorschläge. Bei anderen Einträgen wird der Wunsch nach einem Ausbau des ÖPNV – vielfach nach einer engeren Taktung ausgesprochen, aber auch die Felder Jugend, Soziales, Integration, Erhalt öffentlichen Eigentums u. v. m. werden genannt. Die Seite enthält zudem einen Blog, um mit den Besuchern und Besucherinnen der Seite ins Gespräch zu kommen.

Presseerklärung zum Wahltermin Kommunalwahl

Gernot Folkers, Sprecher Grüne Fraktion

Bürgermeister soll die Kosten zurückfordern

Nun hat es auch der Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP beschlossen: die Kommunalwahl soll am 30. August stattfinden, statt vier Wochen später mit der Bundestagswahl zusammengelegt werden - wie wir es z. B. 1994 hatten. Diese Trickserie der Landesregierung erhöht die Wahlmüdigkeit der Bürgerinnen und Bürger - wer hat schon Lust, immer wieder zum Wählen zu gehen? Damit wird wohl gerechnet: die FDP will unbedingt eine geringe Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl, weil sie sich davon Vorteile verspricht. Der Termin 30. 8. ist gezieltes Vergraulen von Wählern! Die Stadt Schwerte kostet dieser Vorteil für die FDP 26000 €. Es ist nicht einzusehen, dass man klaglos dieses Geld ausgibt, während man gleichzeitig für den Jugendsport oder für kleine Kulturvereine die Mittel kürzt. Wenn das Land diesen Wahltermin will, soll es auch dafür bezahlen.

Die Grünen fordern den Bürgermeister auf, sich der Klage z. B. der Stadt Dortmund anzuschließen, die erreichen will, dass das Land den Kommunen eine Kostenerstattung zahlt. Landesweit sind Mehrkosten von 42 Mio. zu erwarten. Wenn der Bürgermeister das nicht von sich aus tut, werden wir das für die nächste Ratssitzung beantragen.

Presseartikel

Die Grünen stellen Liste für Kommunalwahl auf



Die Mitglieder von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Ortsverband Schwerte nominierten am Dienstagabend in der Rohrmeisterei ein starkes Team für die Kommunalwahl. Auf der Mitgliederversammlung wurde die Kandidatur der Grünen Bürgermeisterkandidatin Monika Demant nochmals einstimmig bestätigt.

Alle vom Ortsverband vorgeschlagenen Kandidaten für die 19 Wahlbezirke, wie auch die vorgeschlagenen Bewerber für die Reserveliste wurden jeweils mit großer Mehrheit gewählt. Mit ihrer Liste zur Kommunalwahl haben sich die Mitglieder der Grünen Schwerte personell kompetent und vielseitig für den angehenden Wahlkampf aufgestellt.

Neue Gesichter auf den vorderen Plätzen

Die Liste setzt auf die Erfahrung der bisherigen Stadtratsmitglieder Barbara Stellmacher, Rupert Filthaus und Bruno Heinz-Fischer. Hinzu kommen jedoch auch auf den vorderen Plätzen neue Gesichter, die mit großer Motivation ihre Kompetenz auf wichtigen kommunalpolitischen Feldern einbringen werden.

So ist die Bürgermeisterkandidatin der Grünen, Monika Demant Expertin in den Bereichen Jugend, Kinder und Soziales (die letzten Jahre schon grünes Mitglied im Jugendhilfeausschuss) und Claudia Olszak, als Mitglied in der KuWeBe und als engagierte Umweltschützerin und Haustierberaterin kompetente grüne Ansprechpartnerin für Kultur und Umweltfragen.

Breiter Querschnitt aus der Bevölkerung

Auch was die Zusammensetzung hinsichtlich der Stadtteile, Berufs- oder Altersgruppen angeht, ist es gelungen, einen breiten Querschnitt aus der Schwerter Bevölkerung aufzustellen. Die Frauenquote ist bei den Grünen in Schwerte zu 100 % erfüllt.

Mit den jetzt nominierten KandidatInnen werden Bündnis 90/Die Grünen nah bei den Schwerterinnen und Schwerter sein und die Herausforderungen der nächsten Jahre mit Engagement und Sachkenntnis angehen können. Damit ist der Start in den Kommunalwahlkampf gemacht.

Ruhr Nachrichten am 4. März 2009

Pressemitteilung Bündnis 90/ Die Grünen

Abfindung für Reinigungsfrauen – Bäuerinnenopfer oder Vorteil?

In der Ratssitzung am 18.02.2009 wurde der Verwaltungsvorlage mehrheitlich zugestimmt, den Reinigungsfrauen ein Abfindungsangebot zu machen.

Wir als grüne PolitikerInnen sprechen uns nach wie vor dagegen aus, bei Sparmaßnahmen stets zuerst bei Niedriglohngruppen anzusetzen.

Privatisierung des Reinigungsdienstes erscheint nur vordergründig kostengünstig.

Angestellte im Reinigungsdienst identifizieren sich ebenso mit ihrem Unternehmen – der Stadt Schwerte - sind häufig schon lange im Betrieb und Teil des Ganzen in einer Vertrauensstellung. Sie setzen sich in ihrem Arbeitsbereich ein und erbringen gleichbleibende Qualität bei konstanter Aufgabenstellung.

Eine Abfindung erscheint vielleicht zunächst verlockend, ein vergleichbarer Arbeitsplatz bei gleichem Entgelt ist jedoch kaum auf dem Arbeitsmarkt zu finden. Und was ist mit der Rente?

Wenn Einsparungen im Personalbereich erfolgen sollen, sollte gleichermaßen in allen Gehaltsgruppen geprüft werden – nicht immer nur bei den Geringverdienern.

Monika Demant

Bürgermeisterkandidatin

Bündnis. 90/ Die Grünen

Pressemitteilung

B 90 / DIE GRÜNEN: "jetzt den "warmen" Regen nutzen!"

Schwerte erhält 4,2 Mill. Euro aus dem Konjunkturpaket II für Bildung und Infrastruktur.

Erste Planungen laufen.

B 90 /DIE Grünen in Schwerte sehen es als dringende Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, dass diese Mittel auch nachhaltig in den Bereichen Kinderbetreuung, Schule und Weiterbildung eingesetzt werden.

So kann man jetzt bei der Sanierung von Schulen durch Energieeinsparmaßnahmen den Klimaschutz

forcieren und nachhaltig Kosten verringern. Die Devise muss heißen „Nicht verzetteln, sondern konsequent einzelne Gebäude angehen“. Die Gebäude sind energetisch mindestens auf das Niveau eines Neubaus nach EnEV zu sanieren, so wie es auch für die bereits beschlossene Sanierung des RTG guter Standard ist. Außerdem, so die Grünen, sollten man hierbei unbedingt die heimischen Mittelständler mit Aufträgen bedenken.

Im Bereich der Verbesserung der Infrastruktur sollten vor allem Aspekte des demographischen Wandels Berücksichtigung finden, insbesondere Barrierefreiheit für Familien, ältere BürgerInnen und Menschen mit Behinderung. Hier könnten vorrangig die Vorschläge, die im letzten Jahr mit der parteiunabhängigen AG "Dabei und mittendrin" bei einem Stadtrundgang mit Rollstuhl und dem Bürgermeister erarbeitet wurden, zeitnah umgesetzt werden.

Hierbei handelt es sich häufig nur um das Absenken der Bürgersteige, was kostengünstig erledigt werden könnte. Hier ist es nur schade, dass der öffentliche Nahverkehr ausgespart wird.

Eine zeitnahe Umsetzung ist erforderlich, da die Hälfte der Mittel bis Dezember 09 abgerufen werden soll.



Monika Demant – Bürgermeisterkandidatin B 90 / DIE GRÜNEN:

„Kinderlärm ist Zukunftsmusik“

Es ist ein Skandal, dass das Bundes-Immissionsschutzgesetz auf Kindergärten, Kinderspielplätze oder Bolzplätze Anwendung findet.

Damit wird Kinderlärm behandelt wie Lärm von Industrieanlagen. Von höchster Stelle erhalten einzelne Bürgerinnen und Bürger Rückendeckung, für ihre fehlende Toleranz Kindern und Jugendlichen gegenüber, die nichts anderes tun, als in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft Fußball zu spielen. Positiv ist, dass viele Stimmen aus Verwaltung und Politik und Nachbarschaft sich hier für eine konstruktive Lösung einsetzen, denn wichtig ist, dass Kinder und Eltern in Schwerte diese Rückendeckung spüren und Spielräume für Kinder erhalten bleiben.

Kinderlärm ist Zukunftsmusik, das müssen wir uns gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bewusst machen. Junge Familien haben keine Kraft und Energie in der Rushhour ihres Lebens dafür zu kämpfen, dass ihre Kinder vor der Haustür spielen können.

Das macht Schwerte unattraktiv. Jeder Bürger und jede Bürgerin, die ihr Recht auf Ruhe einklagen, ob bei einem Bolzplatz oder einer Nestschaukel, tragen auch die Verantwortung für eine Klimaveränderungen hier in Schwerte, ein Klima gegen Kinder und somit auch gegen Familien.

Alt werden wir hier in Schwerte von alleine, was wir dringend brauchen ist Kinderlärm, je mehr desto besser, je lauter desto schöner!!

Gernot Folkers, Sprecher Grüne Fraktion Rat Schwerte

Stellungnahme zur Polemik des Bürgermeisters gegen die Erhöhung der Kreisumlage

Schuld ist nur der Kreis. So sieht es der Bürgermeister, der gerne andere beschuldigt, um von seiner Verantwortung abzulenken. Im Kreis regiert die SPD, und deswegen soll die Kreisumlage der entscheidende Grund für die Finanzmisere der Stadt sein. Vor drei Jahre war es das Land, weil damals noch Rot-Grün dort regierte. Jetzt kann das Land die Stadt belasten wie es will, Schuld ist nur der Kreis. Die Methode „Haltet den Dieb“ kennen wir schon lange von Böckelühr. Letztes Jahr hat er den Rat beschuldigt, dass der Haushalt nicht genehmigt worden war, obwohl die Haushalte alle von seiner Verwaltung vorgelegt worden sind und der Rat fast nichts dran geändert hat. Der Bürgermeister kriegt nicht einmal hin, dass seine Parteifreunde endlich der Stilllegung des Freizeit-Allwetter-Bads zustimmen und gibt stattdessen noch einmal ein nutzloses teures Gutachten im Auftrag – aber Schuld an der Finanzmisere ist der Kreis.

Vor Jahren war das Geschrei in Schwerte groß, als das Gesundheitsamt geschlossen werden sollte, weil der Kreis sparen wollte. Eine Verbraucherzentrale in Schwerte soll der Kreis auch unterstützen. Und am Welttheater will Böckelühr so sparen, das es ohne Kreis zusammenbricht. Aber Geld soll der Kreis nicht kriegen, dort regiert ja die SPD.

Auch wenn der Kreis an manchen Stellen mehr sparen könnte: hauptsächlich ächzt er unter der Last der Sozialausgaben, v. a. Alg II, wo ihn die Bundesregierung (hat da nicht die CDU was zu sagen?) immer neue Lasten auflädt. Wo die Schwerter Verwaltung Sozialausgaben zu leisten hat, v. a. in der Familienhilfe, da laufen ihr auch die Kosten in Millionenhöhe weg. Die Stadt hat offenbar keine Schuld, aber Schuld hat der Kreis.

Nein, so kann man das politische Miteinander der Ebenen nicht gestalten. Wir Schwerter Grünen sind froh, dass die Grünen im Kreis beantragen, das Welttheater in Schwerte aus Kreismitteln zu unterstützen. Auch hier müssen wir unsere Hausaufgaben noch nachholen. Warum ist der KuWeBe nicht in der Lage, das Welttheater zu schultern? Zwar wurden zwei der vier Sparmaßnahmen des Rödl-Papiers, die Kultur betreffen, erst einmal verschoben, v. a. das Thema Museum, dennoch wurde KuWeBe auf dem kleinen Dienstweg genötigt, die entsprechenden Summen sofort einzusparen. Das geht dann aber nur beim Welttheater. Auch dies ist politisch auf Ratsebene noch einmal zu thematisieren.

Presseartikel

Auf bündnisgrüne Freunde ist Verlass



Fraktion überreicht Beamer zum 20-Jährigen von Kunterbunt - Geschenk eröffnet neue Möglichkeiten

Schwerte. Gefeiert wird am Wochenende, ein Geschenk gab's gestern schon vorab: Der Verein Kunterbunt freut sich über eine großzügige Spende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Zum 20-jährigen Bestehen des Schwerter Jugend- und Kulturvereins bereichert die Fraktion die Vereinsarbeit um einen Beamer mit Transportkoffer im Wert von 1100 Euro. Damit kann Kunterbunt sein Angebot erweitern und zukünftig vermehrt Filmnächte oder ähnliche Veranstaltungen anbieten. Kunterbunt sagt aber nicht nur aus diesem Grund Dank an die Bündnisgrünen, sondern auch und vor allem für die jahrelange Unterstützung in nicht immer leichten Zeiten.

Am Wochenende geht es seit langem mal wieder richtig rund. Nach einem halben Jahr Konzertpause wegen eines mangelhaften Notausgangs im Rattenloch (WR berichtete) darf der Verein mit einer Ausnahmegenehmigung nun wenigstens zunächst einmal sein Vereinsjubiläum gebührend feiern.

Am Freitag, 19. Dezember, öffnen sich die Türen ab 19 Uhr. Ab 20 Uhr ist Beginn des ersten Teils der Festlichkeit. Den Beginn macht das Original Ruhrtaler Moritaten Trio Heimatscholle (vorwiegend festkochend). Danach wird die Reggae-Band Kaya die Bühne entern. Die Soulrock-Legende Raoul Vandetta wird mit seiner O.T.C. Band das Publikum zum Tanzen und Mitsingen animieren. Leider können die Musiker von Orange But Green nicht auftreten, Ersatz wird gesucht. Auch für eine Aftershowparty wurde gesorgt. DJ Flocke und DJ Josh werden den ersten Abend ausklingen lassen.

Am Samstag, 20. Dezember, werden „Die Vorsitzenden i.R.“ den Abend einläuten. Danach entern die Jungs von Rusty Swords die Bühne. Für Abwechslung nach harten Gitarrenriffs sorgen anschließend Epochal mit einer Portion Schlager-Cover. Pigs Can Fly werden den Livemusikteil beenden, bevor DJ Boimchen mit Hits aus den 50er bis zu den 90er Jahren zur Aftershowparty bittet.

Außerdem werden Fotos aus zwei Jahrzehnten Kunterbunt gezeigt. Zudem wird es auch selbst gemachten Glühwein geben. Der Eintritt kostet jeweils 5 €, für Mitglieder des Vereins 4 €.

WR Schwerte, 15.12.2008

Geld aufs Dach – Grüne starten Solardachkampagne

Jetzt lässt es sich leicht berechnen, wie viel Sparpotenzial ihr Dach hat!

„Die Sonne ist unser zuverlässiger und unerschöpflicher Energielieferant“, so Monika Demant Bürgermeisterkandidatin der Schwerter Grünen.



Die Schwerter Grünen starten auf Ihrer Homepage eine von den Kreisgrünen initiierte bundesweit einmalige Mitmachkampagne für Bürgerinnen und Bürger. Jeder Schwerter kann nun auf der Homepage der Grünen ein bedienerfreundliches Programm starten und in Sekundenschnelle berechnen lassen, welches ungefähre Sonnenenergie-Potenzial das eigene Hausdach besitzt und vor allem, wie viel durchschnittlicher Ertrag in Euro das eigene Dach pro Jahr abwerfen kann.

„Die Bevölkerung sei tief verunsichert, was die eigene Altersversorgung und den Erhalt des hart Ersparten angehe“, so Monika Demant weiter. „Die garantierte Einspeisevergütung sei ein gutes Mittel, in reale Werte gewinnbringend zu investieren. Was läge da näher beide Interessen zusammenzubringen und mit dem Klimaschutz zu verbinden? Viele Menschen möchten erst einmal für sich Alternativen klären und nicht sofort einen Unternehmer im Wohnzimmer sitzen haben, der Ihnen etwas verkaufen will.“ Damit aber Mittelständler und Bürgerinnen und Bürger trotzdem zusammenkommen, wollen die Grünen über ihr Internet-Programm Interesse wecken und einen ungefähren Überblick über die Möglichkeiten geben. Mit einem solchen Wissen im Rücken sei es dann leichter, sich mit Fachunternehmen in Verbindung zu setzen.

Demant: „Unser Programm ersetzt keine fachlich detaillierte Beratung, das soll es auch gar nicht, aber wenn nun viele interessierte Hausbesitzer ihr Solardachpotenzial selbst berechnen können, erhoffen wir uns einen Schub Richtung heimischer Anbieter und damit letztlich auch einen positiven Beitrag zum Klimaschutz.“

Monika Rosenthal

Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - OV Schwerte



„GRÜN MACHT MOBIL“

Grüne Bustour zur Einführung des Sozialtickets

Unter dem Motto „Grün macht mobil“ fährt am Samstag, den 29. November ein Bus durch den Kreis Unna, um auf die Einführung des Sozialtickets aufmerksam zu machen. Der von der VKU gemietete Linienbus macht auf dem Werner - Steinem - Platz von 11.45 Uhr bis 12.15 Uhr Station. Hier werden die Grünen aus Schwerte und aus dem

Kreis über die Einführung des Tickets informieren, Flyer und Anträge zum Sozialticket verteilt.

Wer möchte, kann um 12.15 Uhr dann mit dem Bus kostenlos nach Unna fahren.

Zum Sozialticket

Auf Initiative der Grünen hat der Kreis die Einführung des Sozialtickets, das ab dem 1. Dezember im gesamten Kreisgebiet für Bus und Bahn gilt, beschlossen.

Es kostet 15,00 Euro im Monat und ist für finanziell hilfebedürftige Bürger des Kreises Unna.

Anträge stellen können: Bezieher von Alg II, Sozialgeld, Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung, Asylbewerberleistung, Unterstützung vom Jugendamt

Einen Download (.pdf. 600k) mit Infos über das Sozialticket findet ihr [HIER](#)

Antragsformulare gibts hier

- am Samstag am Grünen - Infostand am Werner - Steinem - Platz von 11.45 – 12.15 Uhr
- beim Sozial-/Jugendamt oder beim Bürgeramt
- als Download unter www.kreis-unna.de

Pressemitteilung

KiBiz zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beauftragt die Verwaltung der Stadt Schwerte, eine Überprüfung der Situation in den Kindertageseinrichtungen in Schwerte und darüber im Jugendhilfeausschuss zu berichten. Der Ausbau der Kindertagesbetreuung ist zweifellos eine gute Sache. Eltern haben nunmehr auch in Schwerte unter anderem die Möglichkeit, zwischen drei Kinderbetreuungszeiten zu wählen und 25, 35 oder 45 Wochenstunden zu buchen. Ziel der Landesregierung war es, für die Eltern eine größere Flexibilität und bedarfsgerechte Betreuungszeiten vorzuhalten. Zudem sollten neue Gruppenformen zum Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige (U3) führen.

Nach der Umsetzung des neuen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) ist es Zeit, Bilanz zu ziehen und die Grünen stellen die Frage, ob die durch KiBiz geschaffenen Bedingungen neben der Quantität an Betreuungszeit mehr Bildung und eine Verbesserung der Betreuung ermöglichen. Die Verwaltung wurde daher beauftragt, die Situation der Städtischen Kindertageseinrichtung, sowie die der Kindertageseinrichtungen der freien Träger in Schwerte nach Einführung des Kinderbildungsgesetzes KiBiz zu überprüfen und die Ergebnisse der Evaluation zeitnah im Jugendhilfeausschuss darzustellen.

Eine baldige Überprüfung ist notwendig, um Nachbesserungen für das Kindergartenjahr 2009/2010 rechtzeitig fordern und einleiten zu können. Hier ist ein klares Votum der Stadt Schwerte an die Landesregierung erforderlich.

Monika Demant
B 90 / DIE GRÜNEN

Auch CDU - MdL stimmt für Linssens Sparkassen"reform": Landesregierung gefährdet stabile Strukturen

Seit fast einem Jahr laufen der deutsche Städtetag, der Landkreistag, der Städte- und Gemeindebund und die Spar- und Giroverbände Sturm gegen den Gesetzentwurf zur Novellierung des Sparkassengesetzes. Nicht nur die Opposition im Landtag, sondern auch viele CDU-Oberbürgermeister und CDU-Landräte wehren sich dagegen, dass mit diesem Entwurf perspektivisch eine Privatisierung der Sparkassen ermöglicht wird. Vor dem Hintergrund der Finanzmarktkrise sind die öffentlich-rechtlichen Sparkassen für die Bürgerinnen und Bürger und ihre Konten sowie für die Versorgung des Mittelstands mit Krediten von besonderer Wichtigkeit. Daher hat die Grüne Landtagsfraktion erneut einen Vorstoß unternommen, damit die Landesregierung ihre Pläne beerdigt. Über diesen Antrag gab es letzte Woche eine namentliche Abstimmung. Viele Verwaltungsräte (so auch der Verwaltungsrat der Sparkasse Schwerte) und Räte haben die Landesregierung aufgefordert, den von Finanzminister Linssen vorgelegten Gesetzentwurf nicht zu verabschieden.

Das alles scheint die CDU-Landtagsabgeordnete Gabriele Kordowski nicht zu beeindrucken. Denn trotz der massiven und auch von der CDU hier in der Stadt getragenen Kritik hat sie im Landtag für die Fortsetzung des Beratungsverfahrens und damit für den Einstieg in die Privatisierung der Sparkassen gestimmt.

Hierzu erklärt Rupert Filthaus, Vertreter der Grünen im Verwaltungsrat der Sparkasse Schwerte: "In der aktuellen Finanzmarktkrise erweisen sich die kommunalen Sparkassen als Hort der Stabilität. Während in der

ganzen Welt Banken verstaatlicht werden, treibt die CDU/FDP-Landesregierung ein Gesetz voran, das perspektivisch die Privatisierung der Sparkassen ermöglicht. In Zeiten, in denen andere Länder ganze Banken verstaatlichen, ist es besonders absurd, einen funktionierenden öffentlich-rechtlichen Sparkassensektor in Frage zu stellen."

Und Rupert Filthaus ergänzt: "Es ist schlimm genug, dass Frau Kordowski das alles nicht zu interessieren scheint. Empörend aber ist, dass sie sich über das Einstimmige Votum aller im Verwaltungsrat der Sparkasse Schwerte vertretenden Parteien hinwegsetzt".

Pressemitteilung

Der Ausschuss für Soziales, Demographie und Generationen hat den Sozialpass abgelehnt. Immerhin: Auf unseren Antrag hin hat die Verwaltung aufgelistet, welche Ermäßigungen es für ALG II EmpfängerInnen und AsylbewerberInnen gibt. Es gibt einige, die jedoch niemand kennt, nicht einmal BeraterInnen von Arbeitslosen. Diese Informationen könnten mit dem Sozialpass ausgegeben werden.

Die Verwaltung argumentiert gegen den Sozialpass mit erhöhtem Verwaltungsaufwand. Die Zeiten sollten vorbei sein, wo jedes Dokument in Handarbeit von MitarbeiterInnen angefertigt werden musste. Mit einem entsprechenden PC-Programm kann der Sozialpass für alle Familienangehörigen mit jedem Bewilligungsbescheid ausgedruckt werden, der Mehraufwand tendiert dann gegen Null. Ein solcher Pass in Verbindung mit gültigem Ausweis bedarf weder Stempel noch Unterschrift. Ausweise wie diese stehen Studierenden längst zur Verfügung. Und für ALG II-EmpfängerInnen soll das nicht gehen?

Übrigens gibt es den Sozialpass bereits in einigen umliegenden Städten, u.a. in Castrop-Rauxel, wo die frühere Schwerter Sozialdezernentin Petra Glöss heute tätig ist. Sie wird sicher gern Auskunft geben.

Monika Demant
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

An den Ausschuss für Finanzen, Steuerung und Beteiligungen des Rates der Stadt Schwerte Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Die Stadt Schwerte verzichtet für den Zeitraum von Oktober bis Dezember 2008 auf die Mietzahlungen für die Räumlichkeiten des Arbeitslosenzentrums in Höhe von 750 Euro.

Begründung:

Das Land NRW hat die Zuschüsse für die Beratungsstellen und Arbeitslosenzentren in NRW zum 30.09.08 komplett gestrichen. Hiervon ist auch das Arbeitslosenzentrum in Schwerte betroffen.

Der Verein S.I.G.N.A.L. hat sich dazu entschlossen das Arbeitslosenzentrum mindestens bis zum Ende des Jahres weiter zu öffnen und die Arbeit fortzusetzen. Die ARGE Kreis Unna unterstützt den Verein für diese Zeit indem sie den größten Teil der Personalkosten der Beraterin trägt.

Dem Verein S.I.G.N.A.L. entstehen für den genannten Zeitraum allerdings noch ungedeckte Kosten von 3.750 Euro.

Weiterhin gibt es konkrete Überlegungen die Finanzierung von Arbeitslosenzentren mit Hilfe des Kreises Unna ab 2009 auf neue Beine zu stellen. Um den Erhalt des Arbeitslosenzentrums Schwerte zu gewährleisten, ist es wichtig, dass die Stadt Schwerte auf die Mietkosten zumindest bis zum Jahresende verzichtet, um die Kontinuität der Arbeit zu gewährleisten.

Bisher haben unseres Wissens alle Fraktionen im Schwerter Rat die Arbeit des Arbeitslosenzentrums für notwendig, wichtig und unverzichtbar gehalten.

Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag.

Mit freundlichen Grüßen
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Schwerte

PRESSEDIENST BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bundesvorstand
Grüne engagieren „Zum goldenen Hirschen“ für Europawahl und Bundestagswahl 2009

Steffi Lemke, Bundesgeschäftsführerin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, und Bernd Heusinger, Kreativchef der Werbe- und Ideenagentur "Zum goldenen Hirschen", erklären:

„Für die 2009 anstehenden Wahlkämpfe zur Bundestags- und Europawahl haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Berliner Wahlkampfteam der Werbe- und Ideenagentur „Zum goldenen Hirschen“ engagiert. Die erfolgreiche Zusammenarbeit bei den Bundestagswahlkämpfen 2002 und 2005 sowie im Europawahlkampf 2004 hat gezeigt, dass Grüne und Hirschen ein schlagkräftiges Gespann sind. Partei und Agentur werden bei der Entwicklung und Durchführung der Kampagnen 2009 eng zusammenarbeiten und freuen sich auf die beiden Wahlkämpfe.“

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN für den nächsten Planungs- und Umweltausschuss

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf vorzulegen, wie die Grundzüge des geplanten neuen Omnibusbahnhofs am Bahnhof schon jetzt provisorisch ohne größere Kosten realisiert werden können.

Begründung:

Aufgrund der bekannten Vorgänge rings um die Planung des Bahnhofsvorplatzes sieht es so aus, als müssten die Einwohner von Schwerte noch lange mit der gegenwärtigen Situation leben. Die Situation des Busverkehrs ist aber höchst unbefriedigend: erstens halten die Busse relativ weit entfernt vom Bahnhofseingang, zweitens nimmt die überflüssig große Aufstellfläche der Busse viel Platz weg, drittens ist für Fremde die Abfahrtsituation der Busse völlig unübersichtlich. Viel besser wäre es, wenn die Busse an einer Stelle hintereinander abfahren würden, wie es im Grundsatz die Planungen des neuen ZOB vorsehen. Wir denken, dass mit geringem Aufwand schnell provisorisch Abhilfe geschaffen werden könnte. Die Bushaltestelle könnte ungefähr dahin verlegt werden, wo heute die Taxis halten. Für die Taxis müsste dann ein neuer Platz gefunden werden, z. B. vor dem südlichen Bahnhofsfügel. Der Vorteil einer solchen Lösung wäre nicht nur die Verbesserung der Busanbindung, sondern v. a. die Tatsache, dass auf dem Bahnhofsvorplatz eine große asphaltierte Fläche frei würde (wo heute die einzelnen Buslinien anhalten), die für Parkzwecke genutzt werden könnte.

Natürlich müssten erst die Fachleute der Verwaltung genau prüfen, was realisierbar ist.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Gernot Folkers
Fraktionssprecher

i. V. Monika Rosenthal
Fraktionsgeschäftsführerin

Pressemitteilung

Anlässlich der aktuellen Diskussion um die Leistungen der nordrhein-westfälischen Gesamtschulen erklärt Dr. Gernot Folkers:

"Das Schlechtreden der Gesamtschulen muss ein Ende haben. Mit ihrer Diffamierung der Leistungen der Gesamtschulen versucht die Landesregierung nichts anderes, als von ihren eigenen Fehlern im diesjährigen Zentralabitur abzulenken. Es ist unwürdig, dies auf dem Rücken der Schülerinnen und Schülern und der Kollegien an den Gesamtschulen zu tun. Die Gesamtschulen in Schwerte leistet eine hervorragende Arbeit. Die Ergebnisse des Zentralabiturs belegen, dass sich Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler im Durchschnitt nur unwesentlich von den Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien unterscheiden, nämlich gerade einmal um 0,28 Notenpunkte. Dass Schulministerin Sommer trotz exakt gleicher Aufgaben im Zentralabitur von einem Abitur-Light an den Gesamtschulen spricht, ist gleichermaßen widersinnig. Schließlich sind es die Gesamtschulen, die viele Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien zum Abitur führen. Viele Kinder, denen nach der Grundschule kein höherwertiger Schulabschluss zugetraut wurde, kommen über die Gesamtschulen zu Fachhochschulreife oder Abitur und helfen dabei, den eklatanten Fachkräftemangel in Deutschland zu mindern. Diese Förder- und Integrationsleistung muss von der Politik besonders gewürdigt werden. Nun will die FDP sogar die Oberstufen der Gesamtschulen abschaffen. Damit würde auch die Durchlässigkeit des Schulsystems gefährdet, denn Haupt- und Realschüler, die Abitur machen wollen, tun dies fast immer an einer Gesamtschule. Die Grünen werden sich für den Erhalt der Oberstufen an unserer Gesamtschule einsetzen. Im Landtag wird die dortige grüne Fraktion dazu einen Antrag einbringen.

Land lässt Arbeitslose im Stich

Landesfinanzierung wird endgültig zum 30. September eingestellt

"Ein schwarzer Tag für unser Arbeitslosenzentrum in Schwerte", kritisierte Monika Rosenthal (OV-Sprecherin von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) die vorgestern getroffene Entscheidung der CDU und FDP-Mehrheit im zuständigen Fachausschuss des Landtags. Damit sei eine Weiterfinanzierung mit Landesmitteln über den 30. September hinaus ausgeschlossen. In Schwerte ist das Arbeitslosenzentrum von S.I.G.N.A.L. e.V. betroffen.

Muss S.I.G.N.A.L. e.V. jetzt seine Arbeit einstellen, stünden die Arbeitslosen und deren Familien in Schwerte ohne Ansprechpartner bei den oft schwerwiegenden und rechtlich äußerst komplizierten Fragen da, die sich bei bestehender oder bevorstehender Arbeitslosigkeit den Betroffenen stellen. "Es ist eine Schande, dass sich das Land hier aus der Verantwortung stiehlt und die Menschen im Stich lässt" (so M. Rosenthal).

Zuvor hatte Minister Laumann immer wieder betont, keine Beratungsstelle und kein Zentrum müsse schließen. Nun schieben Landesregierung und schwarz-gelbe Mehrheit den Kommunen und den ARGEN den schwarzen Peter zu. Barbara Steffens, Fraktionsvize und zuständige Landtagsabgeordnete kritisierte: "Von den Versprechungen ist nichts übrig geblieben. Der von uns eingeforderte und noch geschönte Bericht über die aktuelle Situation zeigt, dass letztlich nur 20 von 183 Einrichtungen über eine gesicherte Weiterfinanzierung verfügen, davon wiederum neun nur bis zum Ende des Jahres. Minister Laumann kehrt gern in bundespolitischen Sozialfragen den Kämpfer heraus, in NRW lässt er die Arbeitslosen im Stich."

Presseartikel:

Grüner Ehrenamtspreis für ayuda-Team, Schwerte, 10.08.2008, Von Bernd Kirchbrücher (WR)



Schwerte. Kein Zweifel, die nicht immer schöne und gute Welt wird jeden Tag ein klitzekleines bißchen besser durch seine Arbeit: Das Team des ayuda-Weltladens bekam am Samstag den Alternativen Ehrenamtspreis der Schwerter Grünen.

In der Museumshalle überreichte Monika Rosenthal für die Grünen Scheck und Blumen an Lore Seifert und Helga Payerle stellvertretend für das Team.

Von den 250 E will die Initiative eine Kaffeemaschine anschaffen - für die Kunden. Mit Kaffee und einem Handwagen hat auch alles angefangen vor 30 Jahren in Villigst. Dr. Gernot Folkers erinnerte in seiner Preisrede daran, dass wir unsere Wohlstandsinsel Europa nicht zuletzt einer doppelten Ausbeutung verdanken: der der 3. Welt und der der Natur. Beidem hält das ayuda-Team in der Haselackstraße das Konzept des fairen Handels entgegen. Folkers: "So schöne und wohlschmeckende Dinge Sie auch über die Ladentheke schieben: das Beste, was Sie verkaufen, heißt Gerechtigkeit."

Und der Kunde macht mit: Er zahlt (noch nicht einmal immer) ein wenig mehr für seinen Kaffee und seine Schokolade, für seine Webarbeiten und Musikinstrumente, damit die Hersteller ein wenig mehr bekommen und so besser und oft auch überhaupt überleben können. Dabei legen ayuda und der faire Handel auch noch wert auf ökologisch einwandfreie Produktion - im Interesse der Produzenten dort und der Käufer hier.

Gewinnen tun am Ende beide.

Den guten Waren fügen die 18 Frauen und der eine Mann des ehrenamtlichen Teams Infos und Aufklärung hinzu. Und sie halten den Laden von montags bis samstags von 10 bis 18 Uhr offen.

Der Alternative Ehrenamtspreis wird seit 2002 jährlich verliehen. Monika Rosenthal überreicht den Preis an Helga Payerle (4.v.l.) und Lore Seifert (3.v.r.) stellvertretend für das ayuda-Team. Gernot Folkers (r.) hielt die Preisrede.

(WR-Foto: Bodemer)

Presseartikel:

Freie Fahrt für den "Faktor Mobilität", Schwerte, 07.08.2008, Von Bernd Peters (WR)



Schwerte. Diese Resonanz überraschte sogar Sprecherin Monika Rosenthal: Knapp 50 interessierte Bürger erklärten sich am Bahnhof gestern spontan bereit, an der Befragung der Bündnisgrünen zum Thema "Bürgerticket" teilzunehmen.

"Der Faktor Mobilität bringt sozial Benachteiligte zurück in die Gesellschaft", erklärte Daniel Elfendahl, Geschäftsführer der Kreis-Grünen, das Engagement. "Der Plan für ein Bürgerticket für alle öffentlichen Verkehrsmittel in NRW schließt direkt an der Idee eines Sozialtickets an, für das wir uns auch schon stark gemacht haben."

Aber von vorn: Bereits vor Wochen kündigte die grüne Landtagsfraktion einen Gesetzesvorschlag für ein solidarisch finanziertes "Bürgerticket NRW" an, durch das allen Bürgern im Bundesland die Nutzung des ÖPNV ermöglicht werden soll. "Für manche Bezieher von Hartz IV ist es das wichtigste Gut, erstmal von zuhause wegzukommen", sagte Elfendahl. "Das muss für jeden in Deutschland finanzierbar bleiben." Der Plan: Ein dreistufiges Preismodell, je nach Geldbeutel und Wünschen des Bus- und Bahnkunden. So soll der "Freifahrtschein" für den ÖPNV zum Sozialtarif (10 Euro im Monat), zum Normaltarif (20 Euro) oder "Erste-Klasse-Tarif" (40 Euro) angeboten werden. "Das ist zu hundert Prozent finanzierbar", will Elfendahl ausgerechnet haben.

Monika Rosenthal, Sprecherin der Schwerter Grünen, konkretisierte: "Experten-Berechnungen zeigen, dass sich sogar ein Gratis-Ticket rechnen würde. Aber wir müssen schauen, was zunächst politisch durchsetzbar ist." Gerade die CDU und die FDP agierten vor allem auf Landesebene leider strikt gegen das Konzept. "Das Bürgerticket ist unsere Antwort auf neoliberale Privatisierungsmodelle", sagte Daniel Elfendahl. "Die FDP agiert da leider nach dem Motto ‚Freie Fahrt für freie Bürgerliche‘".

Im Kreis Unna hofft er auf andere Mehrheitsverhältnisse. "Wir hoffen und können uns gut vorstellen, dass der Landrat in dieser Frage auf unserer Seite ist." Hintergrund: Michael Makiolla (SPD) ist qua Amt

Aufsichtsratsvorsitzender der Verkehrsgesellschaft im Kreis Unna (VKU). "Das ‚Flashticket‘ der VKU ist bereits ein Schritt in die richtige Richtung", geht Elfendahl auf Schmusekurs. Man werde aber auch alle anderen Parteien im Kreis "auf diese soziale und ökologische Lösung" ansprechen und um Unterstützung werben. Elfendahl ist übrigens auch Grünen-Geschäftsführer in Gelsenkirchen, auch dort führt er die Befragungen durch. "Wir werden die Ergebnisse von beiden Befragungen nach Düsseldorf schicken, damit je nach Haltung der Menschen der Gesetzesvorschlag noch angepasst werden kann."

Realistisch sei ein Gesetzesentwurf im Landtag im April 2009, prognostiziert der Bündnisgrüne.

Presseerklärung der Grünen zum Haushalt

Die Grünen fühlen sich durch die Ratssitzung in ihrer Position bestätigt: erst muss man die grundsätzliche Notwendigkeit des Sparpakets anerkennen und einen genehmigten Haushalt bekommen. Dann kann man daran gehen, Spielräume zu entdecken, um einige Sparmaßnahmen wieder abzumildern.

Die erste Lücke hatten die Grünen bereits während der Sitzung entdeckt und damit wichtige Zuschüsse im sozialen Bereich gesichert (für die Wohlfahrtsverbände, das Arbeitslosenzentrum Signal und für die Spielstube im Großen Feld). Wir sind zuversichtlich, dass die verbleibenden Zuschüsse im Sozialbereich (für das Grete-Meißner-Zentrum und andere Altenbegegnungsstätten) sowie die im Kulturbereich (Konzertgesellschaft, Kunstverein usw.) durch Sponsoring der Sparkasse aufgebracht werden können. Die ersten Schritte in diese Richtung sind bereits begangen.

Es werden sich aber auch im städtischen Haushalt noch Spielräume auftun. Allein schon die von den Grünen vorgeschlagenen Zusatzmaßnahmen (z. B. Energiecontracting mit den Stadtwerken), dann die von Rödl angeregten Maßnahmen, die noch ohne Einsparbetrag ausgewiesen sind (wie Übernahme der SEG durch die Stadtwerke). Freilich sollte man nicht so tun, als könnten es über 4 Millionen jährlich sein, wie die CDU in ihrer Flugschrift „Blickpunkt“ behauptet. Nach grüner Auffassung sollten die nächsten sich bietenden Spielräume genutzt werden, um im Sinne des Vorschlags des Stadtsportverbands die Einsparungen beim Sport abzumildern sowie die Löschgruppe Wandhofen zu erhalten.

Mit weiteren Versprechungen sollte man derzeit zurückhaltend sein. Eines ist für uns aber sicher: eine Kürzung beim Welttheater der Straße, die beim Rödl-Paket gar nicht enthalten ist, aber von der CDU vorgeschlagen wird, kommt für uns nicht in Frage. Das Welttheater ist das einzige große Stadtfest in Schwerte mit weitreichender Ausstrahlung und entsprechendem Image-Gewinn.

Für alle Spargelliebhaber oder die es werden wollen: tolle Rezepte mit Spargel.

Falls Sie mit einem eigenen Rezept beitragen wollen (werden natürlich geprüft) und an unserem Spargelrezeptwettbewerb teilnehmen wollen bitte

e-mail an: info@gruene.schwerte.de

Wer das beste Rezept einsendet, wird natürlich in unserem Spargelbüchlein veröffentlicht und gewinnt ein Essen für Zwei in der Rohrmeisterei.

Download: [Spargelrezepte](#) (.pdf, 65k)

An den Bürgermeister der Stadt Schwerte

Sehr geehrter Herr Böckelühr, Bündnis 90 / Die Grünen – Schwerte beantragen,

1. dass der Verkauf der SEG an die Stadtwerke endlich realisiert wird, er bringt nicht nur die von den Beratern eingeplanten Kosteneinsparungen, sondern auch noch zusätzlich bares Geld in die Stadtkasse. Es ist unbegreiflich, dass wegen persönlicher Animositäten zwischen CDU-Spitze und Stadtwerke-Spitze diese Maßnahme seit Jahren auf Eis liegt.

2. dass die Stadtverwaltung unverzüglich ein Internet-Forum einrichtet, auf dem das endgültige Paket der Beratungsfirma von Rödel und Partner veröffentlicht wird, damit so viele Bürgermeinungen wie möglich eingeholt und berücksichtigt werden können. Auf dieser Seite muss eine technisch einfache Maßnahme für die Schwerter Bevölkerung bestehen, einzelne Maßnahmen als auch das ganze Paket zu kommentieren sowie weitere Sparvorschläge zu machen.

Keine Einsparmaßnahme wird auf den Jubel der Bürgerinnen und Bürger stoßen. Gerade deswegen ist eine möglichst große öffentliche Beteiligung nötig. Es ist nicht mehr viel Zeit vorhanden, und über die Höhe der einzusparenden Summe kann nicht diskutiert werden.

Diese Beschlussvorlagen sollte von den haushaltspolitischen Sprecher unterstützt werden, da kein anderer Termin zur Beratung zur Verfügung steht und die Zeit drängt.

Dr. Gernot Folkers, Sprecher Grüne Ratsfraktion

Stellungnahme Einsparungen nach dem Vorschlag Rödl und Partner

Die Grüne Fraktion hat die vorläufigen Sparvorschläge des Beratungsunternehmens gründlich geprüft und festgestellt, dass sie die Vorschläge im Wesentlichen mittragen wird. Natürlich müssen wir noch auf die genauen Begründungen im endgültigen Maßnahme-Paket warten. Die Vorschläge verschonen die Menschen, die an der Armutsgrenze leben, und sie verschonen auch die wesentlichen Bestandteile der Kinder- und Jugendförderung. Das sind für uns die wichtigsten Prüfsteine gewesen.

Wir halten den vorgeschlagenen Sparbeitrag der Belegschaft der Stadt für sozial vertretbar (ausgenommen werden sollten die beiden unteren Lohngruppen) und fordern die Stadtspitze auf, ihn umzusetzen. Wichtig ist, dass auch die Beamten in gleicher Höhe herangezogen werden.

Was das FAB betrifft, fühlen wir uns von den Berechnungen der Verwaltung getäuscht, die uns versichert hatte, dass der Weiterbetrieb des Bades nicht teurer würde als der Abriss. Wir wollen nun den Vorschlägen des Beratungsunternehmens folgen.

Probleme haben wir bei den Vorschlägen im Sportbereich, die auf sozialen Folgen hin abgeklopft werden müssen, und bei den möglichen Kürzungen zu Signal.

Im Zusammenhang mit dem Sparpaket haben wir folgende zentrale Forderungen:

1. Der Verkauf der SEG an die Stadtwerke muss endlich realisiert werden, er bringt nicht nur die von den Beratern eingeplanten Kosteneinsparungen, sondern auch noch zusätzlich bares Geld in die Stadtkasse. Es ist unbegreiflich, dass wegen persönlicher Animositäten zwischen CDU-Spitze und Stadtwerke-Spitze diese Maßnahme seit Jahren auf Eis liegt.

2. Keine Einsparmaßnahme wird einfach auf den Jubel der Bürgerinnen und Bürger stoßen. Gerade deswegen ist eine möglichst große öffentliche Beteiligung nötig. Es ist nicht mehr viel Zeit vorhanden, und über die Höhe der einzusparenden Summe kann nicht diskutiert werden. Damit aber dennoch so viel wie möglich an Bürgermeinung eingeholt und berücksichtigt werden kann, fordern wir von der Stadtverwaltung, dass sie alsbald ein Internet-Forum einrichtet, auf dem das endgültige Paket der Beratungsfirma veröffentlicht wird. Auf dieser Seite muss eine technisch einfach realisierbare Möglichkeit für die Schwerter Bevölkerung bestehen, sowohl einzelne Maßnahmen als auch das ganze Paket zu kommentieren sowie weitere Sparvorschläge zu machen.

[Mehr dazu gibt es HIER](#)

Die GRÜNE Fraktion in Geisecke

Am Montag, den 26. Mai 2008 ist die GRÜNE Fraktion vor Ort.

Unser neues Konzept "**Grüne Politik vor Ort**" starten wir in Geisecke.

Im Sportvereinsheim des SV-Geisecke

Am Buschkampweg

um 19.00 Uhr

Hier können Sie alles loswerden, worüber Sie sich in Geisecke ärgern und gerne verbessern möchten.

Klimazeit

Druckfrisch und schon online- die dritte Ausgabe der "Klimazeit", der Klimazeitung von Bündnis 90/Die Grünen

<http://www.gruenes-klima.de/aktion/die-neue-klimazeit-die-zeitung-der-grunen-zum-klimaschutz-0>

Aufruf zum Protest vor Kraftwerk

Eine Pressemitteilung ist hier zu finden:

<http://www.tippspiel.westfalenpost.de/nachrichten/staedte/schwerte/2008/4/21/news-39887007/detail.html>

Die NRW-GRÜNEN haben auf ihrem Landesparteitag am 12.04.2008 folgende Beschlüsse zum Thema Ökologie und Klima gefasst:

- NRW muss seinen Beitrag für den Klimaschutz leisten! Klimaschutz - eine Frage globaler Gerechtigkeit

<http://hamm2008.gruene-nrw.de/Beschluss.1836+M524db71fb9b.0.html>

- Arche now - Biodiversitätsstrategie für NRW jetzt!

<http://hamm2008.gruene-nrw.de/Beschluss.1836+M577c0c15ceb.0.html>

- Neuer Höhepunkt im PFT-Gift-Skandal: Daten-Affäre machen Umweltskandal auch zum "Skandal Uhlenberg"

<http://hamm2008.gruene-nrw.de/Beschluss.1836+M50b6daf92ca.0.html>

- Grüne für ein Bürger-Ticket NRW

<http://hamm2008.gruene-nrw.de/Beschluss.1836+M5a982429dd5.0.html>

- Kein Mülltourismus nach NRW - NRW darf nicht zum Müllklo werden

<http://hamm2008.gruene-nrw.de/Beschluss.1836+M53ef328c61a.0.html>

- Kommunale Energiedienstleistungen ermöglichen - bürgernah, ökologisch und sozial

<http://hamm2008.gruene-nrw.de/Beschluss.1836+M555b63bc670.0.html>

- Nationalpark Eifel - ein Erfolgsprojekt droht abzustürzen

<http://hamm2008.gruene-nrw.de/Beschluss.1836+M5a07cfdc117.0.html>

Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude

Die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beantragt, folgenden **Antrag** auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung im Dezember 2007 zu setzen:

Der Rat der Stadt Schwerte beschließt, die Verwaltung zu beauftragen die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude vorrangig zu betreiben, die bei der Thermografieuntersuchung, veranlasst durch die Ruhrnachrichten, besonders schlecht abgeschnitten haben.

Dabei soll mit dem Diplom-Ingenieur und Gebäude-Experten, Oliver Turrek, zusammengearbeitet werden, der die Thermografieuntersuchung für die Ruhrnachrichten erstellt hat

Hier findet ihr Informationen von unseren Ratskandidaten.

Für den DOWNLOAD der .pdf - Datei einfach auf das Bild klicken



Monika Demant - Bürgermeisterin für Schwerte



Barbara Stellmacher - Ratskandidatin



Rupert Filthaus - Ratskandidat



Claudia Olszak - Ratskandidatin



Bruno Heinz-Fischer - Ratskandidat



Unser Wahlprogramm 2009 zum DOWNLOAD

Grüne starten Umfrage zum Bürgerticket NRW

Die NRW-Grünen planen für das Jahr 2009 ein Konzept für ein „Bürgerticket NRW“. Dieses Ticket soll allen Bürgern freie Fahrt mit Bus und Bahn in ganz NRW ermöglichen. Finanziert werden soll das Ticket durch eine solidarische Umlage: Jeder erwachsene Bürger zahlt demnach monatlich zwischen 10 und 20 Euro (je nach Ausgestaltung).

Weitere Infos [HIER](#)

Fraktion vor Ort Sitzung

Nachdem viele Anfragen und Kritik im Grünen Büro zum Ausbau der Hoesch-Werke eingegangen sind, laden Bündnis 90 / DIE GRÜNEN die Anwohner Wandhofens ein, ihre Fragen und Kritik zur Westerweiterung Hoeschs zu äußern.

Hierzu findet eine „Fraktion vor Ort Sitzung“ von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN in der Gaststätte „Zum Haseneck“ – in der Wandhofenerstraße 43, statt, die ausnahmsweise an einem Montag für diese Veranstaltung Haus und Küche öffnet.

Beginn der öffentlichen Sitzung ist 18.00 Uhr und das Thema: „Westerweiterung – Hoesch Schwerter Profile GmbH“



Worüber sich die einen freuen (Arbeitsplätze, Standortsicherung), da befürchten andere immer noch: Lärmbelästigung, Luftverschmutzung, Landschaftsveränderung

So könnte das neue Stahlwerk aussehen (blaue Färbung), das Hoesch Schwerter Profile neben seinem bisherigen Werk (schwarze Färbung) bauen lassen will. Montage: privat, Quelle Ruhrnachrichten v. 27.9.2008

Gäste:

Dr. Lothar Birkhäuser – Geschäftsführer der Hoesch Schwerter Profile GmbH

Frau Marion Ehlert – zuständig für das Umweltmanagement

Herr Stefan Launhard – Projektleiter Stahlwerke

Als Einstieg wird eine DVD gezeigt, die auf Konstruktionsdaten hin das zukünftige Stahlwerk als 3-D-Film zeigen wird. Anschließend ist genügend Zeit für Diskussion.

Jugendliche werden durch Kommunalwahlverschiebung im nächsten Jahr um ihr Wahlrecht gebracht Skandalöse Folge parteitaktischer Spiele der gelb-schwarzen Koalition im Landtag am Kommunalwahltermin

Auf einen besonderen Umstand im Zusammenhang mit der von der CDU-FDP-Koalition im Land angedachten Vorziehung des Kommunalwahltermins weist die Sprecherin des Ortsverbands von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Monika Rosenthal hin:

Nach den derzeitigen Einwohnermeldedaten konnte ermittelt werden, wie viele Jugendliche nach dem heutigen Stand in Schwerte, alleine dadurch bei der Kommunalwahl um ihre Wahlmöglichkeit gebracht werden, dass der Wahltermin von Mitte September 2009 auf den 7.6.2009 vorgelegt würde.

Monika Rosenthal: „Alleine in Schwerte würden nach dem Stand vom 4.4. 2008 insgesamt 181 Jugendliche nach den Vorstellungen der CDU/FDP-Koalition im Landtag um ihr Wahlrecht bei der Kommunalwahl gebracht, weil sie das 16. Lebensjahr zwischen dem 7.6.2009 und Mitte September vollenden. Diese Jugendlichen um ihr Kommunalwahlrecht im nächsten Jahr zu bringen, ist aus unserer Sicht ein Skandal. Die Verschiebung einer Wahl, obwohl die Wahlperiode bis Mitte Oktober dauert, dient alleine dem Ziel der CDU-FDP-Koalition im Land, die Kommunalwahl nicht zusammen mit der Bundestagswahl im September nächsten Jahres stattfinden lassen will. Neben den Problemen, die sich daraus ergeben, dass die jetzt amtierenden Stadträte auch noch nach dem Wahltermin am 7.6.2009 vier Monate bis Anfang Oktober weiter amtieren werden, ist auch der Umstand, dass so viele Jugendliche um die Möglichkeit ihrer Teilnahme an der Kommunalwahl gebracht werden, ein starkes Argument gegen diese Verschiebung. Ich appelliere daher an die CDU/SPD/FDP in Schwerte und ihre Landtagsabgeordneten, sich diesen Plänen zu widersetzen. In diesem Fall sollte auch keine Koalitionsräson zählen und dem Treiben der Landtags-FDP eine Grenze gesetzt werden. Insbesondere die FDP hat offensichtlich die Verschiebung des Wahltermins massiv betrieben, weil sie bei der letzten gemeinsamen Bundestags- und Kommunalwahl im Jahr 1994 landesweit zwar 7,4 % der Zweitstimmen für den Bundestag, aber nur 3,6% für die Kommunalwahl erhalten hat. Diese parteitaktischen Absichten dürfen aber nicht zu derartigen Manövern und Folgen führen, wie es bei der Verschiebung der Kommunalwahl der Fall wäre.“

Ortsverband Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Monika Rosenthal

Gelb-schwarze Trickereien beim Kommunalwahltermin sorgen für Chaos!

"Es ist verwerflich, dass FDP und CDU bei Wahlterminen rumtricksen, um sich Vorteile zu verschaffen und damit der kommunalen Demokratie schweren Schaden zufügen", kritisiert Monika Rosenthal - Bündnis 90 / DIE GRÜNEN - OV Schwerte die geplante Vorverlegung der nächsten Kommunalwahlen auf den Termin der Europawahl am 6. Juni 2009.

"Das Vorziehen des Wahltermins auf den 7.6.2009 werde zu einer unhaltbaren Situation führen: Bereits abgewählte Räte werden noch viereinhalb Monate (immerhin 7,5 % einer Ratsperiode) im Rat über die Geschicke der Kommune beschließen, obwohl die neuen Räte bereits gewählt sind. Es kann so bei einem Mehrheitenwechsel zu Konstellationen kommen, in denen bereits abgewählte Räte und Bürgermeister noch Fakten schaffen können. So kann noch umgesetzt werden, was die Wählerinnen und Wähler durch die Wahl einer neuen Mehrheit inhaltlich und per Programm gerade ausgeschlossen haben wollten. Dass solche Situationen in der Praxis nicht unwahrscheinlich sind, zeigen auch die Fälle in NRW, in denen Ratsmehrheiten kommunale Bürgentscheide durch ihre Ratsentscheidungen kurz vor der Abstimmung ausgehebelt haben.

Wenn CDU und FDP jetzt behaupten, sie wollten durch die Zusammenlegung Europa- und Kommunalwahl stärken, so ist das ein vorgeschobenes Argument. In Wahrheit hat man schon seit letztem Sommer belegbar nach einem Weg gesucht, die Bundestagswahl und die Kommunalwahl zu entkoppeln. Denn bei der letzten gemeinsamen Bundestags- und Kommunalwahl im Jahr 1994 hatte die FDP mit landesweit nur noch 3,8 % bei der Kommunalwahl einen herben Einbruch erlitten.

Ginge es nicht darum, einen gemeinsamen Wahltermin von Bundestags- und Europawahl zu verhindern, sondern um eine dauerhafte Zusammenlegung von Europa- und Kommunalwahl, könnte dies genau wie in anderen Bundesländern auf einem geordneten Weg umgesetzt werden: Im September 2009 fänden ordnungsgemäß neben der Bundestags- auch die Kommunalwahl statt, der Landtag als Gesetzgeber würde jetzt nach diesen Wahlen die nächste Wahlperiode der Räte um 3 Monate verkürzen und im Jahr 2014 könnte zeitgleich Europa- und Kommunalwahlen stattfinden, ohne ein derartiges Übergangschao zu verursachen, wie es die Koalition aus CDU und FDP jetzt verursacht.

Kerstin Kumbruch hat ihr Ratsmandat niedergelegt

Ihr berufliches Engagement lässt es mittlerweile nicht mehr zu, dass sie ihr Ratsmandat in vollem Umfang ausüben kann, deshalb wird sie zum Ende des Monats ihr Mandat niederlegen.

Gerade in einer kleinen Fraktion ist es unerlässlich, dass alle Fraktionsmitglieder intensiv thematisch mitarbeiten und mitgestalten. Dies ist mir im letzten Jahr größtenteils schon nicht mehr möglich gewesen. Daher hält Kerstin es für sinnvoll ihr Mandat niederzulegen und einem Nachfolger Platz zu machen.

Der grüne Fraktionssprecher Gernot Folkers erklärt zur Niederlegung des Mandats durch Kerstin Kumbruch: Die Fraktion nimmt die Entscheidung von Kerstin Kumbruch mit großem Bedauern zur Kenntnis, auch wenn sie sich hat überzeugen lassen, dass die Entscheidung aus Gründen der Arbeitsüberlastung unumgänglich war.

Die Probleme von Kerstin zeigen ein strukturelles Problem von ehrenamtlicher Ratsarbeit: es ist immer schwerer, sie mit einem dynamischen Beruf in der Wirtschaft zu vereinbaren. Gefragt ist einerseits der Gesetzgeber, die Vereinbarkeit zu verbessern, aber auch die Wirtschaft, mit Freistellungen etc. großzügig zu sein. Denn sonst werden die Kommunen nur noch durch Angehörige des öffentlichen Dienstes gelenkt. Für Kerstin Kumbruch wird nachrücken Bruno Heinz-Fischer, Lehrer an der Gesamtschule, der die Grünen bisher als sachkundiger Bürger im Planungsausschuss und im Ausschuss für Soziales, Demographie und Generationen vertritt.

Antwort auf den offenen Brief zum Thema Bahnhofsumfeld

An den BUND Schwerte – Holzwickede

Lieber Herr Weissenberg,

oberstes Ziel für die Gestaltung des Bahnhofsumfelds muss nach grüner Auffassung sein, die Nutzung der Bahn zu fördern, um den Autoverkehr zu verringern.

Erste Voraussetzung dafür ist, dass die Fahrgäste komfortabel mit Bus, Fahrrad oder Auto am Bahnhof ankommen und wieder abfahren können. Zur Zeit ist das mit keinem Verkehrsmittel möglich: die Busse halten in einer unübersichtlichen Asphaltwüste, die viel zu weit vom Bahnhofseingang entfernt ist; für die Fahrräder gibt es keine bewachten Stellplätze; für die Autos gibt es zu wenige, weit verstreute und teilweise schwer zumutbare Parkplätze. Übrigens dürfen die Bedürfnisse derer, die mit dem Auto zum Bahnhof kommen, nicht negiert werden, wie der BUND das tut, denn das hilft überhaupt nicht zur Verringerung des Autoverkehrs.

Fazit: eine Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes ist sinnvoll und nötig.

Alle Erfahrung zeigt, dass ein Bahnhof mit guten Geschäften in der Nähe attraktiver ist –auch wenn einem überzeugten Bahnfahrer das völlig egal ist.

Daher haben die Grünen von Anfang an eine Neuplanung des Bahnhofsumfelds akzeptiert. Vor einem halben Jahr standen zwei Modelle zur Auswahl. Das eine Modell kam für uns Grüne nicht in Frage, weil das Geschäftszentrum viel zu groß geplant war, sein Eingang zu weit weg von der Innenstadt und vor allen Dingen der Bahnhof als Verkehrsknotenpunkt ins Hintertreffen geraten wäre. Das andere Modell (ANH) sieht eine deutlich kleinere, örtlich bedeutsame Geschäftsfläche vor – und absolut keinen Konsumtempel mit Ausstrahlung nach anderswo -, rückt den Eingang näher an die Bahnhofstraße, gibt dem Bahnhof räumlich Luft zum Atmen und konzentriert den umweltfreundlichen Verkehr (Bus, Rad, Taxi) vorm Bahnhofseingang. Wieso gerade das letztere vom BUND kritisiert wird, verstehen wir gar nicht. Wir haben dem Konzept von ANH guten Gewissens zustimmen können.

Diese Planung versetzt das Parkhaus für die Autos auf die sog. Looksche Wiese. Der BUND kritisiert das heftig. Nun stimmen wir ihm zu, dass jeder Eingriff in eine Freifläche bedauerlich ist und Vor- und Nachteile gründlich abgewogen werden müssen. Wir akzeptieren durchaus, dass der BUND in seiner Sichtweise bloß auf den Naturschutz das ablehnt. Freilich: er überschätzt den Wert der Wiese durchaus. Diese relativ kleine Fläche ist eingeklemmt zwischen einem fünf Meter hohen Bahndamm und einer nach Osten und Süden vier- bis fünfgeschossigen Bebauung. Daher kann diese Fläche nicht ernsthaft eine stadtklimatische Bedeutung haben. Wir Grünen mussten uns davon überzeugen, dass es für das Parkhaus keine geeignetere Position gibt. Wenn es westlich neben die Geschäftsbebauung rückt, wird der Weg von den Autos zum Bahnhof wieder zu lang und wird in einen unübersichtlichen „Angstraum“ zwischen Bahndamm und Geschäfts-Rückseite eingeklemmt. Das Parkhaus aufs Dach des Geschäftsgebäudes zu verlegen, hat erhebliche Nachteile, was die Attraktivität des Weges zum Bahnhof betrifft und schiebt wegen seiner schieren Größe den Bahnhof wieder ins Hintertreffen. Nach unserer Auffassung wiegt in einer ökologischen Gesamtbilanz die Aufwertung des Bahnfahrens in Schwere deutlich mehr als der Verlust der Lookschen Wiese.

Wir glauben allerdings auch, dass südlich der neuen Geschäftsbebauung eine neue Grünfläche, etwa im Bereich der heutigen Wilhelmshütte, sinnvoll und klimatisch im Zusammenhang mit dem Stadtpark sinnvoll wäre. Wir lehnen daher die Ausweisung von Gewerbegebiet dort ab und halten es für besser, wenn einstweilen der gegebene Zustand dort erhalten bleibt.

Was das vom BUND erwähnte Geschäftsprojekt der Nickelwerke nördlich der Bahn betrifft, so ist bereits klar gestellt, dass dies keine Chance hat. Es bleibt die Wut darüber, dass die Nickelwerke das dortige Grabeland so rücksichtslos beseitigt haben. Dass ihre Begründung dafür, das Grundstück werde für die eigene Firma benötigt, von Anfang an falsch war, sieht man ja an ihrer vor kurzem vorgestellten Nutzungsplanung.

Im Übrigen ist klar, dass der Entwurf von ANH in mancher Hinsicht noch verbessert gehört. Im Bereich der Verkehrsführung ist aber ohnehin die Stadt selber der Bauherr, so dass das kein Problem sein wird. Wir sehen Verbesserungsbedarf in folgenden Punkten: die Fahrradabstellanlage sollte im Bahnhof selber untergebracht werden, egal ob im westlichen oder östlichen Flügel, ggf. an dieser Stelle befindliche Betriebe müssen Raum im neuen Geschäftsgebäude erhalten. Die Fahrradzuwegung muss entsprechend optimiert werden. Es sollten alle Möglichkeiten untersucht werden, vom Parkhaus ohne Straßenüberquerung auf die Bahnsteige zu gelangen (z. B. Tunnelaufstiege auf die Bahnsteige aus der Unterführung heraus).

Natürlich erwarten wir nicht, dass Sie unsere Auffassung übernehmen. Wir denken aber klargestellt zu haben, dass uns durchaus verkehrspolitisch-ökologische Gründe bewegen haben, den Planungen von ANH zuzustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Gernot Folkers

Archiv 2007

Grüne wollen mehr Thermografie

Die Aktion war genial. Da hätten wir auch selbst drauf kommen können.“

Monika Rosenthal von Bündnis 90/Die Grünen geizte nicht mit lobenden Worten.

Zusammen mit dem Thermografie-Experten Oliver Turrek hatten die Ruhr Nachrichten den Energieverbrauch und die Wärmedämmung städtischer Gebäude untersucht.

Energetische Sanierung voran treiben

In Abstimmung mit dem Diplom-Ingenieur soll die Verwaltung nun die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude voran treiben, um mehr CO2 einzusparen. So lautet der Antrag der Grünen für die Ratssitzung am 12. Dezember, den die Fraktion jetzt bei der Stadt einreichte.

Besonders diejenigen Bauten, die bei der Thermografieuntersuchung besonders schlecht abschnitten, sollen vorrangig saniert werden. Außerdem sei eine Zusammenarbeit mit Energiespar-Experten der Verbraucherzentrale denkbar.

Im März Antrag zum Klimaschutz gestellt

„Wir haben bereits im März einen Antrag zum Klimaschutz gestellt, der auch verabschiedet wurde“, erklärt Monika Rosenthal. Dennoch passiere noch zu wenig in Schwerte. Dabei könne man schon mit kleinen Maßnahmen viel erreichen: „Man muss die Energie doch nicht zum Fenster rauspusten.“ Die Stadt habe einen Vorbildcharakter zu erfüllen.

[Mehr zu diesem Thema](#)

[Zur Diashow: Die Gegenüberstellung - warm und kalt](#)

RN, Nicole Jankowski, 20.11.07

Foto: Oliver Turrek

Alternativer Ehrenpreis für Pfadfinder

Schwerte. (TK) Diejenigen, die Boris Palmer später ehren sollte, hätte der grüne Oberbürgermeister aus Tübingen schon bei seiner Ankunft am Schwerter Bahnhof gut gebrauchen können.

Mit Pfadfindern wäre es wohl nicht passiert: Eine Stunde irrte der Schwabe durch die Stadt, ehe er den Ort zur Vergabe des alternativen Ehrenpreises, den Saal der Stadtwerke, gefunden hatte. Er hatte sich nämlich notiert, dass die Veranstaltung im Rathaus über die Bühne gehen sollte. Als er das Gebäude sah, "dachte ich, die sind hier aber schon sehr umweltbewusst und lassen gar kein Licht mehr leuchten". Alles dunkel, abgeschlossen: Da dämmerte es ihm, dass sein Gastspiel andernorts gefragt ist.

Die Verspätung machte Palmer mit einer kurzen, prägnanten, launigen und improvisierten Laudatio wieder wett. Pfadfinder gebe es schon über 100 Jahre, sagte er. Da bedürfe es auch eines Oberbürgermeisters, der die Festansprache halte. Palmer würdigte das Engagement der Pfadfinder und ihr ehrenamtliches Wirken. Dass sie nichts an Aktualität verloren hätten, zeige sich an dem regen Interesse, auf das die Angebote stoßen, meinte Palmer.

Er unterstützte die Pfadfinder, als sie dazu aufriefen, bei ihnen mitzumachen und sie zu unterstützen. Zuvor

hatten sich die Vertreter bei den Grünen für den "Alternativen Ehrenamtspreis" bedankt.

In der folgenden Debatte um den Klimaschutz erinnerte der frühere Stadtdirektor Ernst D. Schmerbeck daran, dass Schwerte eine der ersten Verwaltungen gewesen sei, die ein Programm zur Minderung des Kohlendioxid-Ausstoßes aufgelegt habe. Da sei es doch sinnvoll, ein neues Konzept auszuarbeiten, hieß es aus der Runde. Alternative Energien weiter auszubauen, war ein weiterer Vorschlag, den die Gäste machten. Die Stadtwerke sollten stärker den Schulterschluss mit der Landwirtschaft suchen, hieß es. Der Ökostrom müsse zudem stärker beachtet werden. WR, Schwerte 04.11.2007

Die Schwerter Grünen laden ein!

Klimaschutz – eine kommunale Aufgabe? Eine Diskussionsveranstaltung mit Boris Palmer, Grüner Oberbürgermeister von Tübingen

am Freitag, den 2. November 2007 ab 19 Uhr im Sitzungssaal der Stadtwerke Schwerte, Liethstraße 36.

Dass Boris Palmer ein Mann der deutlichen und klaren Worte ist, hat er nicht zuletzt bei seinem Auftritt bei Anne Will (7.10.) gezeigt, als es um die Privatisierung der Bahn ging. Dass er auch Taten sprechen lässt, zeigt seine bisherige Bilanz als Tübinger Oberbürgermeister.

Bis zum Jahr 2020 sollen in Tübingen 70% weniger CO² ausgestoßen werden. Um dieses Ziel zu erreichen hat Palmer bereits viele wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht, über die er bei der Veranstaltung in Schwerte berichten wird.

Zu Beginn der Veranstaltung wird Boris Palmer für die Schwerter Grünen den diesjährigen „**Alternativen Ehrenamtspreis**“ an die Deutsche Pfadfinderschaft St. Georg verleihen. Im Anschluss wird Palmer in einem Impulsvortrag die Möglichkeiten der Städte und Gemeinden aufzeigen, beim Klimaschutz die richtigen Weichen zu stellen.

Wir denken, dass es danach genug Anregungen für eine lebhafte Diskussion geben wird.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Schwarz-Gelb blockiert Integration

Die Regierungsfractionen von CDU und FDP lehnen das Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten ab. Schwarz-Gelb lehnte am Mittwoch einen Antrag ab, in dem die Grüne Fraktion die Landesregierung auffordert, eine Bundesratsinitiative für eine diesbezügliche Grundgesetzänderung von Rheinland-Pfalz und Berlin zu unterstützen.

Dazu erklärt Monika Rosenthal von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN – Ortsverband Schwerte:

"Die schwarz-gelbe Landesregierung blockiert einen wichtigen Schritt zur Integration von Migrantinnen und Migranten aus Nicht-EU-Staaten. Es kann doch nicht sein, dass eine in Schwerte geborene Türkin nicht kommunal wählen darf, aber ein seit sechs Monaten in unserer Stadt lebender Grieche schon!

Diese Ungleichbehandlung zu beseitigen, ist längst an der Zeit. Rheinland-Pfalz und Berlin haben das erkannt und wollen über den Bundesrat eine Grundgesetzänderung anschieben. Doch dank CDU und FDP in NRW sind wir meilenweit von einer verfassungsändernden Zwei-Drittel-Mehrheit entfernt. Die EU-Staaten Dänemark, Finnland, Irland, die Niederlande und Schweden haben das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer schon seit vielen Jahren.

Aber die schwarz-gelbe Landesregierung mit ihrem 'Kabinetttstar', Integrationsminister Laschet, redet lieber viel von Integration, anstatt an dieser wichtigen Stellen die Fronten aufzubrechen und sich endlich uns Grünen und der Kampagne "Hier, wo ich lebe, will ich wählen" von LAGA (Landesarbeitsgemeinschaft der

kommunalen Migrantenvertretungen), DGB, Wohlfahrtsverbände und Landesjugendring anzuschließen.

Darunter leidet die Integration und darunter leidet die Demokratie. Denn Migrantinnen und Migranten sind eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft. Wir müssen ihnen auch die Möglichkeit zur politischen Beteiligung in den Kommunen ermöglichen. Hier in Schwerte und überall in Deutschland."

Schwerter Parteien geschlossen für Volksinitiative

Das politische Schwerte vereint mit Mehr Demokratie

Eine bislang nicht da gewesene Situation bot sich den Mehr Demokratie - Aktiven Nico Nissen und Alex Slonka beim Infostand am 22. September in Schwerte. Sämtliche Ratsfraktionen aus Schwerte waren dort vertreten. Auch die Vertreter der Ratsfraktionen von CDU und SPD, die auf Landesebene das neue Wahlrecht ablehnen, ließen sich von guten Argumenten überzeugen, unterzeichneten unsere Volksinitiative "Mehr Demokratie beim Wählen" und kündigten weitere Unterstützung an.

Hauptinitiatoren des mit über 100 gesammelten Unterschriften sehr erfolgreichen Infostandes waren Gerhard Benner von der Bürgerinitiative "Elsebad" und Andreas Czichowski von der Wählervereinigung Schwerte.

Ihnen, aber auch allen anderen Vertretern vor Ort sei für die Hilfe an dieser Stelle herzlich gedankt. Wir werden mit Sicherheit noch einmal für eine gemeinsame Aktion den Weg nach Schwerte finden!

Ebenfalls bedanken möchten wir uns bei Matthias Dudde und den Grünen aus Dortmund. Diese luden uns zu einem Stadtfest in Dortmund ein, welches Nico Nissen und Alex Slonka im Anschluss an den Stand in Schwerte besuchten. Mit Hilfe von Bionade und Äpfeln aus ökologischem Anbau gelang es, noch einmal weitere 60 Unterschriften für die Initiative zu sammeln. Alles in allem also ein rundum gelungener Samstag bei herrlich sonnigem Herbstwetter!

Fahrradtour "Der Sommer wird grün"

Bei schönem Wetter und mit viel Spass: "Der Sommer wird grün"

Zur Radtour mit Bündnis 90 / DIE GRÜNEN am letzten Sonntag, machten sich 15 Menschen aus Schwerte und Unna mit dem Fahrrad auf den Weg nach Wetter.

Es ging entlang dem wunderschönen Radweg an der Ruhr (aus den angekündigten 10 KM wurden dann zwar 19 KM bis Wetter, aber selbst für die jüngste Mitfahrerin war die Strecke gut zu schaffen).

In Wetter erfolgte eine Besichtigung des preisgekrönten Naturfreibades unter kompetenter Führung durch den stv. Vorsitzenden des Fördervereins. Es wurde geschwommen, geplansch und auch geboult, denn selbstverständlich hatte Hermann Strahl aus Unna jede Menge Boulekugeln dabei. Er ist Ausrichter der jährlich in Unna stattfindenden Green-open, die dieses Jahr zum 16. mal am 5.8. - 10.00 Uhr Unna/Kurpark Königsborn (www.gruene-unna.de) stattfinden.

Das abschließenden Urteil über das wirklich schön angelegte Naturfreibad mit kinderfreundlichem Sand- und Kiesplanschbecken war: "Ein wirklich schön angelegtes Bad mit ökologischem Wasserreinigungssystem und mit ehrenamtlich engagierten Bürgern - aber unser Elsebad ist und bleibt doch das schönste von allen."

(Vor allem die Schwimmer waren sich da einig - ein 50-Meter-Schwimmer-Becken hat halt nicht jeder).

Nach der Ankunft in Schwerte gab es noch Kaffee und Kuchen beim Kanuverein und die einhellige Meinung: "Das müssen wir wiederholen."

Neuwahlen bei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Ortsverband Schwerte

Am Montag, den 4. Juni fand die jährliche Mitgliederversammlung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Schwerte statt.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Aktivitäten im vergangenen Jahr (Ehrenamtspreisverleihung, Bouleturnier, etc.) wurde ein neuer Vorstand gewählt:

Monika Rosenthal wurde als Ortsverbandssprecherin und als stellvertretende Sprecherin des OV's wurde Claudia Olszak einstimmig gewählt. Unterstützung erhalten die beiden Vorstandssprecherinnen durch den Schriftführer Bruno Heinz-Fischer und die beiden Beisitzer Hasan Hüseyin Kutlu und Martin Schlitzer (alle einstimmig) und durch Rupert Filthaus, der als Kassierer auch einstimmig wiedergewählt wurde.

Einstimmigkeit herrschte nicht nur bei den Wahlen:

„Wir wollen weiter wachsen“ war sich die Versammlung in der Aussprache über die zurückliegende und zukünftige Arbeit einig.

Ein funktionierendes Gemeinwesen ist auf das Engagement seiner BürgerInnen angewiesen.

Für die künftige Arbeit wollen sich die Schwerter Grünen für bestimmte Bereiche stark zu machen und sich bereits für die Kommunalwahlen positionieren.

Hier soll das Thema: "dass das Klima nicht baden geht" schon in den Sommerferien mit Freibadaktionen, die nicht nur in Schwerte, sondern im ganzen Kreis stattfinden werden, als erstes behandelt werden.

Für Schwerte ist eine Filmvorführung "Eine unbequeme Wahrheit", mit einem sich anschließendem Diskussionsabend geplant und als gutbewährtes "Best - Practic - Beispiel" für den schonenden Umgang mit der Umwelt und dem Klimas gibt es wieder eine Beteiligung der Grünen beim Pannekaukenfest mit einem Umwelt- und Regionalmarkt.

Im nächsten Halbjahr wollen die Grünen auch sachkundige BürgerInnen in den Ortsteilen ansprechen. Dies soll durch Radtouren und thematische Ortsteilbegehungen geschehen. Hier hoffen die Grünen möglichst viele neue MitstreiterInnen zu gewinnen.

Foto von rechts nach links:

Martin Schlitzer, Claudia Olszak, Rupert Filthaus, Monika Rosenthal, Bruno Heinz-Fischer und Hasan Hüseyin Kutlu

Wer sich einbringen oder einfach nur mal bei den Treffen der Grünen mitmachen will, kann sich melden bei: info@gruene.schwerte.de

oder per Telefon bei

Claudia Olszak: 25 28 713 oder

Monika Rosenthal: 21241

Winkelzüge sind keine Politik

Der Bürgermeister gibt sich gerne – und sicher nicht ohne Erfolg – als Bürgermeister aller Bürger und nicht einer Partei aus. Am Mittwoch scheint er aber vor allem als Ein-Mann-Partei aufgetreten zu sein – zum Schaden der Stadt.

Merkwürdig war schon, wie versessen er darauf war, die Entscheidung über den Bahnhofsvorplatz in geheimer Abstimmung zu fällen, obwohl seine Partei, die CDU, die Abstimmung frei gegeben hatte, damit sich jeder zu seiner Meinung bekennen kann, und das kann man ja nur öffentlich. Die Auszählung der Stimmen ergab: nur drei CDU-Vertreter haben für ANH gestimmt, obwohl aus den Ausschuss-Abstimmungen man mit fünf hätte rechnen müssen. Da spricht alles dafür, dass der Bürgermeister selbst gegen ANH gestimmt hat. Das ist grundsätzlich sein Recht. Aber da er sich eine Woche zuvor öffentlich für ANH stark gemacht hat,

hätte er dies ebenso öffentlich erklären müssen.

Endgültig peinlich wurde das Verhalten des Bürgermeisters, als es um die Verlagerung des Pool-Billard-Clubs ging. Bekanntlich war diese Verlagerung von einer Ratsmehrheit gegen seinen Wunsch beschlossen worden. Ein Bürgermeister, der selber über keine eigene gesicherte Mehrheit im Rat verfügt, muss eben auch Beschlüsse umsetzen, die ihm nicht passen, weil sonst die Stadt Schaden leidet, in dem Fall die Schule, die immer länger auf die Lösung der Raumfrage warten muss. Statt dessen veranlasst er seinen Stellvertreter, eine Ratsvorlage mit deutlich überhöhter Kostenschätzung zu unterzeichnen, die er dann in der Ratssitzung mit höhnischem Tonfall angreift. Nicht nur, dass er damit seinen Stellvertreter in die Pfanne haut – vor allem möchte er natürlich die Ratsmehrheit angreifen, die seinem Willen nicht gehorcht. Alles ist durchinszeniert – bis dahin, dass er den völlig unsinnigen Vorschlag in die Vorlage schreiben lässt, die Gegenfinanzierung durch Einsparungen bei der Westhofener Feuerwehr zu sichern und gleichzeitig die Westhofener Feuerwehr alarmiert, bei der Ratssitzung zu erscheinen.

Wenn einzelne Fraktionen im Rat Obstruktionspolitik machen, mag man das hinnehmen. Der Bürgermeister aber ist zu konstruktiver Politik im Interesse der Bürgerinnen und Bürger verpflichtet. In einem Rat ohne dauerhafte Mehrheit muss er dafür auf die Beschlüsse der jeweiligen Ratsmehrheit Rücksicht nehmen. Er darf sie vor der Beschlussfassung bekämpfen, aber nicht mehr nachher. Denn dann steht die Stadt mit leeren Händen da.

Wir hoffen sehr, dass der Bürgermeister erkennt, dass es zu früh ist für Wahlkampf; vor allem aber, dass Wahlkampf kein Einpersonenstück ist. Ein guter Bürgermeister arbeitet für die Stadt, nicht für sich selbst.

Dr. Gernot Folkers, Sprecher Grüne Ratsfraktion, 24. 5. 2007

Eine Welt statt exklusive Acht

Anfang Juni werden in Heiligendamm bei Rostock die Staats- und Regierungschefs aus Kanada, Japan, Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland, den USA und Russland zusammentreffen. Das dies-jährige Gipfeltreffen der so genannten Gruppe der Acht oder G8 findet unter deutscher Präsidentschaft statt und wird von der Bundesregierung gestaltet.

Bündnis 90/Die Grünen üben starke Kritik an der Institution G8: Die G8 spiegeln die Machtverhältnisse von gestern wider und repräsentieren gerade mal ein Fünftel der Weltbevölkerung. Neue Akteure, besonders die aufstrebenden Mächte des Südens, China, Indien, Brasilien und Südafrika, werden nur am „Katzentisch“ mit in die Gespräche einbezogen. Dabei können die G8-Staaten die anstehenden globalen Probleme nicht im Alleingang lösen. Der Schutz des Klimas, der Aufbau eines nachhaltigen Energiesystems oder die Stabilisierung des internationalen Finanzsystems kann beispielsweise ohne China, Indien, Brasilien, Mexiko und Südafrika nicht gelingen.

Auf vielen vergangenen G8-Gipfeln haben sich die SpitzenpolitikerInnen auf wohl klingende Maßnahmen zur Verringerung von Armut und Ungerechtigkeit in der Welt geeinigt. Auch in diesem Jahr werden voraussichtlich vielversprechende Beschlüsse zum Thema Klimaschutz, Partnerschaft mit Afrika und Bekämpfung von HIV/Aids verabschiedet werden. Leider sind aus den schönen Worten der vorangegangenen Gipfeltreffen nur wenige Taten gefolgt, die betroffenen Länder hatten das Nachsehen.

UNTER DEM MOTTO: Lasst die Welt nicht ausser 8

wollen wir auf den G8-Gipfel aufmerksam machen und im Dialog mit Ihnen und den Teilnehmern der Informations- und Diskussionsrunde am Montagabend für unsere Forderungen werben.

Alle Interessierten sind deshalb nicht nur am 7. Mai in die Rohrmeisterei eingeladen, sondern auch, am 2. Juni zur internationalen Großdemonstration nach Rostock zu kommen.

Genauere Informationen rund um G8, Veranstaltungsankündigungen und Termine, unser G8-Forderungen und wichtige Links sind auf der G8-Sonderseite von Bündnis 90/ Die Grünen zu finden: www.gruene.de/g8

Schule und Kunterbunt – passt das zusammen?

Jahrelang ja – bis Frau Goeke Schulleiterin wurde. Seither scheint sie es zu ihrer Lebensaufgabe gemacht zu haben, Kunterbunt aus der Schule zu vertreiben.

Genau das macht für uns das Argument mit dem Raumbedarf für die offene Ganztagschule so problematisch: es ist nachgeschoben worden, seitdem es dieses Projekt gibt, um ein altes Ziel zu erreichen. Wie würde eine kluge Schulleitung mit Kunterbunt umgehen? Sie würde den Verein zu einem wichtigen Partner in der Nachmittagsbetreuung machen. Es gibt genügend Kunterbuntler, die auch mit Grundschulern eine tolle Arbeit machen würden. Aber davon keine Rede.

Wenn man die offizielle Broschüre der Stadt zur Ganztagschule liest, stellt man fest, dass es keine Schule in Schwerte gibt, die weniger Partner für den Nachmittagsbetrieb hat als die Friedrich-Kayser-Schule. Das ist wohl kein Zufall.

Den Wunsch, Kunterbunt woanders zu haben, kann man noch nachvollziehen. Aber spätestens seit klar geworden ist, dass dies nur um den Preis der Vernichtung von Kunterbunt zu haben ist, hätte man von Pädagogen ein anderes Vorgehen erhofft.

Die Entscheidung für oder gegen Kunterbunt ist keine „normale“ Entscheidung im Alltagsbetrieb des Rates. Es geht um eine Initiative, die wie keine andere dafür gesorgt hat, dass es in der Schwerter Jugendszene friedlich zugeht und dass Rechtsradikale hier kaum eine Bedeutung haben.

Die Vertreibung Kunterbunts würde Kräften in die Hand spielen, die auch die Lehrer der Friedrich-Kayser-Schule nicht wollen können. Abgesehen davon sollten sie einmal überlegen, was ihre Schüler denn mit 14 oder 15 machen sollen, wenn sie nicht sinnlos und planlos nachmittags auf dem Schulhof abhängen wollen? Kunterbunt ist auch für viele ehemalige Kayser-Schüler eine wichtige Gruppe geworden.

Das ist die Dimension, um die es bei der Frage von Kunterbunt geht. Da darf man, wie Rupert Filthaus im Ausschuss, auch ruhig mal etwas pathetisch werden, um den Ernst der Lage zu kennzeichnen. Am Ende geht es freilich nicht darum, wer wann wo sitzt, sondern dass Kunterbunt auch in 10 Jahren noch seine Arbeit mitten in der Stadt tun darf – weil sonst unseren Kindern ein schwerer Nachteil droht.

Schwerte bald nur noch mit Geisterbahnhof?

Die Bundesregierung will die Zuschüsse für den Personen - Nahverkehr bis 2010 um 3,2 Mrd. € kürzen, NRW wäre dabei mit 520 Mio € betroffen. Das hätte zur Folge, dass ein Viertel der gegenwärtigen Streckenleistung abgebaut werden müsste.

Der VRR hat nun nachgerechnet, was das für sein Verkehrsnetz bedeuten würde.

Die Ergebnisse sind erschreckend. Schon 2008 wäre die Strecke Hagen - Schwerte – Unna nicht mehr zu halten.

2010 könnte sogar auch die Strecke Schwerte – Dortmund dran sein, vor allem dann, wenn in den Jahren zuvor nicht genug Mittel durch andere Kürzungen eingespart werden können.

Die Strecke Hagen – Schwerte – Arnsberg steht nur deswegen nicht in der Liste, weil dafür nicht der VRR,

sondern der ZRL zuständig ist.

(Die VRR-Linie Dortmund – Fröndenberg – Arnsberg steht in der Liste!)

Damit wären dann allerdings im Jahre 2010 alle durch Schwerte verkehrenden Zuglinien stillgelegt und der Bahnhof müsste geschlossen werden. Alle Pläne zur Erneuerung des Bahnhofsvorplatzes könnte man vergessen.

Man hat das Gefühl, Finanzminister Steinbrück (der die Pläne ja schon vor der Bundestagswahl zusammen mit Hessens Koch ausgeheckt hatte) hält den Nahverkehr der Bahn für ein Hobby der Grünen, mit dem jetzt die Große Koalition schleunig aufzuräumen hat. Damit hat er sich aber erheblich getäuscht.

Die Bahn hat in NRW in den letzten Jahren einen Kundenzuwachs von 30 % gehabt. Wenn Strecken stillgelegt werden, sind sie für immer verloren. Wiederum werden Jugendliche und Ärmere, die kein Auto haben, doppelt benachteiligt.

Noch ist es Zeit, die Kahlschlagpläne zu stoppen. Gefragt sind vor allem Kommunalpolitiker der CDU und der SPD, also der Parteien, die die Bundesregierung bilden.

Wir Grünen hoffen darauf, dass hier eine regionale Koalition der Vernunft für die Erhaltung der wichtigen Bahnstrecken sich bildet.

Dr. Gernot Folkers, Sprecher Grüne Ratsfraktion, 29.3.2006